

15. Sitzung

Mittwoch, 7. Dezember 2011, 08:30 Uhr
Kantonsratssaal

Vorsitz: Claude Belart, FDP, Präsident
Protokollführung: Fritz Brechbühl, Ratssekretär
Redaktion: Gertrud Lutz Zaman, Bern

Anwesend sind 99 Mitglieder. Abwesend mit Entschuldigung: Enzo Cessotto. (1)

DG 203/2011

Begrüssung und Mitteilungen des Kantonsratspräsidenten

Claude Belart, FDP, Präsident. Geschätzte Anwesende, ich eröffne den zweiten Sitzungstag dieser Session. Da der Präsident des Obergerichts, Marcel Kamber, anwesend ist, werden wir den Budget-Bereich «Gerichte» (Voranschlag Seite 309) vorziehen.

Es werden gemeinsam beraten:

WG 190/2011

Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission für den Rest der Amtsperiode 2009-2013 (anstelle von Simon Bürki, SP)

WG 206/2011

Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission für den Rest der Amtsperiode 2009-2013 (anstelle von Roman S. Jäggi, SVP)

WG 216/2011

Wahl eines Mitglieds der Sozial- und Gesundheitskommission für den Rest der Amtsperiode 2009-2013 (anstelle von Urs Schläfli, CVP)

WG 211/2011

Wahl eines Mitglieds der Justizkommission für den Rest der Amtsperiode 2009-2013 (anstelle von Konrad Imbach, CVP)

WG 217/2011

Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2009-2013 (anstelle von Peter Schafer, SP)

WG 212/2011

Wahl eines Mitgliedes der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch für den Rest der Amtsperiode 2009-2013 (anstelle von Konrad Imbach, CVP)

Claude Belart, FDP, Präsident. Gewählt sind:

Als Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission: Roger Spichiger, SP.

Als Mitglied der Sozial- und Gesundheitskommission: Bernadette Rickenbacher, CVP.

Als Mitglied der Justizkommission: Edgar Kupper, CVP.

Als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission: Markus Schneider, SP.

Als Mitglied der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch: Daniel Makuth, glp.

Das Wahlgeschäft 206/2011 wurde in die Januarsession verschoben.

SGB 163/2011

Voranschlag 2012

(Weiterberatung siehe «Verhandlungen» 2011, S. 811)

Gerichte

Marcel Kamber. Präsident des Obergerichts. Für die Gerichte hat am 1. Januar 2011 eine neue Ära begonnen. Nicht etwa wegen dem Amtsantritt des neuen Obergerichtspräsidenten - das dies relativ bedeutungslos ist, habe ich heute Morgen erfahren, hatte doch Claude Belart gestern Abend dem Vorgänger Hanspeter Marti gesagt, man werde sich am nächsten Morgen wieder sehen. Es geht also nicht um meine Person, sondern um das Inkrafttreten der neuen eidgenössischen Prozessordnungen.

Mit den neuen Prozessordnungen sind die Verfahrensabläufe und die Verfahren vor Gericht geändert worden. Das hat zur Folge, dass die Auswirkungen für uns im Moment noch relativ unbekannt sind. Deshalb hatten wir zur Zeit, als wir das Budget 2012 planten, noch keine verlässlichen Zahlen, ähnlich wie bereits beim Budget 2011, als wir voraus zu schauen versuchten, was die neuen Prozessordnungen mit sich bringen werden. Die Budgetierung 2012 ist demnach nichts anderes als die Fortschreibung der Budgetierung 2011. Das ist relativ bedeutungslos, auch für die Sparbemühungen des Kantons, weil die Gerichte die Personalkosten als einzige planbare Kosten ausweisen und deshalb auch keinen Beitrag zu den Sparbemühungen leisten können. Allerdings, das zeichnet sich ab, wird mit den neuen Prozessordnungen nichts Dramatisches passieren. Unser Gerichtsverwalter, Roman Staub, hat per 31. Oktober 2011 einen Abschluss gemacht und ihn auf das laufende Jahr hochgerechnet, wobei sich zeigte, dass das Globalbudget mit einer Abweichung von weniger als einem Prozent eingehalten werden kann.

Beim Geschäftsgang haben wir wegen der neuen Verfahren gewisse Veränderungen; in gewissen Bereichen gibt es Einbrüche, aber gesamthaft gesehen wird die Geschäftslast ungefähr auf dem bisherigen

Niveau bleiben.

Das sind eigentlich schon alle Bemerkungen zum Budget 2012. Ich schliesse ab mit der Bitte, das Budget zu genehmigen und den Gerichten damit die Möglichkeit zu geben, ihre Aufgaben weiterhin wahrzunehmen. Dafür danke ich Ihnen im Namen der Gerichte ganz herzlich. Ich nehme auch gerne die Gelegenheit wahr, Ihnen und Ihren Familien frohe Festtage zu wünschen.

Claude Belart, FDP, Präsident. Da es keine Fragen aus dem Rat gibt, wünschen wir auch Marcel Kamber und den Gerichten schöne Festtage und viel Erfolg bei ihren Tätigkeiten.

SGB 155/2011

Globalbudget «Denkmalpflege und Archäologie» (Erfolgsrechnung); Produktgruppenziele und Verpflichtungskredit für die Jahre 2012 bis 2014

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 13. September 2011

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Absatz 1 Buchstabe b der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 19 Absatz 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisaufnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 13. September 2011 (RRB Nr. 2011/1948), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Denkmalpflege und Archäologie» der Erfolgsrechnung werden für die Jahre 2012 bis 2014 folgende Produktgruppenziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Denkmalpflege
 - 1.1.1 Die Denkmalpflege berät die Bauherrschaft, die Architekten und weitere Beteiligte fach- und sachgerecht bei Massnahmen an historischen Kulturdenkmälern und unterstützt sie mit Fördermitteln im gesetzlichen Rahmen. Sie erfragt die Wirkung der denkmalpflegerischen Massnahmen bei den unmittelbar Betroffenen.
 - 1.1.2 Die Forschungsergebnisse zu den Kulturdenkmälern des Kantons Solothurn werden gemäss interner Vorgaben vollständig dokumentiert und archiviert.
 - 1.1.3 Die Denkmalpflege publiziert die Erkenntnisse zu den Kulturdenkmälern des Kantons Solothurn nach anerkannten fachlichen Kriterien und orientiert die Öffentlichkeit.
 - 1.2 Produktgruppe 2: Archäologie
 - 1.2.1 Das Fundstelleninventar der Kantonsarchäologie über sämtliche Fundorte im Kanton Solothurn ist aktualisiert.
 - 1.2.2 Dokumentarische Sicherung der Sachquellen durch archäologische Untersuchungen nach anerkannten fachlichen Kriterien.
 - 1.2.3 Publikation der Erkenntnisse, die sich aus den archäologischen Untersuchungen ergeben, und Orientierung der Öffentlichkeit.
 2. Für das Globalbudget «Denkmalpflege und Archäologie» der Erfolgsrechnung wird als Saldovorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von 9'179'000 Franken beschlossen.
 3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Denkmalpflege und Archäologie» (Erfolgsrechnung) wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (GAV; BGS 126.3) angepasst.
 4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
- b) Zustimmender Antrag der Bildungs- und Kulturkommission / Finanzkommission vom 16. November 2011 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Eintretensfrage

Andreas Riss, CVP, Sprecher der Bildungs- und Kulturkommission. Für die neue Globalbudgetperiode 2012 bis 2014 beantragt das Amt für Denkmalpflege und Archäologie einen Verpflichtungskredit von 9,179 Mio. Franken, was 900'000 Franken höher ist als in der laufenden Budgetperiode. Warum hat die BIKUKO grossmehrheitlich, mit 13 gegen 1 Stimme, einer Budgeterhöhung zugestimmt und empfiehlt dies auch dem Kantonsrat?

Folgende Leistungen müssen vom Amt für Denkmalpflege und Archäologie für unseren Kanton erbracht werden: Schutz und Erhalt historischer Kulturdenkmäler im Interesse der Allgemeinheit, fachgerechte Dokumentation und Pflege unserer Kulturgüter, Förderung des Verständnisses für die Bedeutung unseres historischen Erbes. Das Amt für Denkmalpflege und Archäologie hat also ganz verschiedene Ziele zu verfolgen, wobei Vieles von dem, was an Arbeit anfällt, nicht einfach planbar ist, weil es, vor allem in der Archäologie, zum Glück immer wieder Überraschungen gibt, die halt auch Kosten verursachen, wenn das Amt für Denkmalpflege und Archäologie seinem Auftrag gerecht werden soll. Bereits das laufende Globalbudget musste mit einem Nachtragskredit von 480'000 Franken aufgestockt werden, weil weniger Bundesbeiträge für Restaurierungen ausbezahlt wurden. Zweimal mussten ausserordentliche Beiträge aus dem Lotteriefonds angefordert werden, beispielsweise für die Restauration der St. Ursen-kathedrale nach dem Brandanschlag und für die so genannte Hugi in Dulliken, Ereignisse also, mit denen niemand rechnen konnte. Schon in der laufenden Globalbudgetperiode war eine deutliche Zunahme der Alltagsgeschäfte festzustellen, die vor allem durch eine rege Bautätigkeit und neue Themen wie wärmetechnische Verbesserungen, Sanierungen usw. bedingt waren. Weiter ist eine Publikation über die neue Architektur der Jahre 1940-1980 geplant.

Das Amt für Denkmalpflege und Archäologie rechnet aus diesen Gründen für die kommende Budgetperiode mit einem weiteren erhöhten Aufwand, den sie mit zusätzlichen 900'000 Franken für die kommenden drei Jahre erbringen möchte. Dabei sollen zwei Drittel des Betrags für die geplanten höheren Personalkosten verwendet werden, ein Drittel für den zusätzlichen Sachaufwand, bedingt durch die Übernahme des Kulturgüterschutzes auf Ende 2011 vom Amt für Militär und Bevölkerungsschutz. Die Pensenerhöhung wird vor allem nötig, weil immer mehr so genannte zeitkritische Grabungen der Kantonsarchäologie an Belastungsgrenzen führen. Ausgelöst werden die jeweils sehr dringenden und verständlicherweise nicht aufschiebbarer Grabungen durch die momentan hohe Bautätigkeit, die auf der anderen Seite für unsere KMU Arbeit und Verdienst bedeuten. Für das Amt für Denkmalpflege und Archäologie bedeutet das automatisch Mehrarbeit unter grösserem Zeitdruck, weil die Bauherren möglichst schnell bauen wollen, so dass die Archäologie schnell sein muss, wenn sie möglichst viel vor den Baggerschaufeln retten will. Das ist ja auch ihr erklärter Auftrag. Auf der anderen Seite wird die Denkmalpflege immer häufiger mit Solar- und Fotovoltaik-Anlagen im Umfeld geschützter Bauten konfrontiert und muss die Anfragen, teilweise unter Beibezug ausserkantonaler Fachleute, möglichst schnell bearbeiten. Weiter belastet auch die deutliche Zunahme der so genannten Alltagsgeschäfte. Einerseits wegen der regen Bau- und Umbautätigkeit, andererseits wegen der immer neuen Themen, wie zum Beispiel Beratungen in energietechnischen Sanierungen bei denkmalgeschützten Bauten. All das hat natürlich auch einen Einfluss auf die personellen Ressourcen, was durch eine Pensenerhöhung der jetzigen Teilzeit arbeitenden Mitarbeitenden verbessert werden soll, also mit bestens qualifizierten Personen, die den Betrieb bereits sehr gut kennen und nicht erst eingeführt und eingearbeitet werden müssen.

Diese Fakten haben die BIKUKO grossmehrheitlich überzeugt. Deshalb empfehlen wir dem Kantonsrat, dem Verpflichtungskredit in der Höhe von 9,179 Mio. Franken zustimmen.

Roman Stefan Jäggi, SVP. Die SVP-Fraktion beantragt, bei diesem Globalbudget 10 Prozent einzusparen und für die Globalbudgetperiode 2012 bis 2014 8,261 Mio. Franken zu bewilligen. 2012 droht ein 88-Millionen-Defizit in der Staatsrechnung. Weil die Regierung keine Sparmassnahmen offerierte, hat die Finanzkommission Einsparungen vornehmen müssen. In all den Budgets, bei denen die FIKO keine Einsparungen getroffen hat, stellt die SVP Einsparungsanträge im Umfang von 10 Prozent. Natürlich sind 10 Prozent viel. Aber als Amtschef wäre mir wesentlich lieber, wenn man mir sagte, wie viel Geld ich neu zur Verfügung habe, und frei wäre, wie ich das Geld brauche, als wenn man explizit Projekte aus dem Budget streichen würde. Deshalb ist die 10-Prozent-Lösung gar nicht so schlecht. Die Einsparungen von 10 Prozent beim vorliegenden Globalbudget entsprechen in etwa der Kostenzunahme gegenüber der vorherigen Globalbudgetperiode. Für die Mehrheit der SVP-Fraktion ist eine 10-prozentige Kostenzunahme innert drei Jahren in diesem Bereich schlicht und einfach zu viel. Im Übrigen verweise ich auf die

von Colette Adam gestern gemachten Bemerkungen zu den 10-Prozent-Kürzungsanträgen der SVP. Wir bitten Sie, dem Antrag der SVP zu folgen und die 10-prozentige Senkung zu unterstützen.

Felix Lang, Grüne. Eigentlich hätte man davon ausgehen können, dass es im Bereich Denkmalpflege und Archäologie, sprich Heimatschutz, zwischen uns Grünen und der SVP keine grundsätzlichen Differenzen gibt. Diesen Eindruck habe ich im entsprechenden Globalbudgetausschuss von einem für die Sache begeisterten SVP-Vertreter - man höre und staune - Roman Jäggi bestätigt erhalten. Umso erstaunlicher ist für uns Grüne der völlig unprofessionelle Kürzungsantrag der SVP.

Worum geht es eigentlich? Es geht um das Sicherstellen und Erforschen unserer eigenen historischen regionalen, kantonalen, nationalen und zum Teil auch europäischen Identität in unserem ureigenen Interesse und dem unserer Nachkommen. Deshalb, liebe Kollegin, liebe Kollegen von der SVP, das meine ich wirklich positiv würdigend, bin ich davon ausgegangen, dass gerade ihr diesbezüglich ein besonders grosses Interesse habt. Bei der Frage, wie man die Identität weiterentwickelt, gehen allerdings unsere Meinungen auseinander. Das wird aber mit diesem Globalbudget überhaupt nicht beeinflusst. Auch hatte ich im Globalbudgetausschuss, und ich denke, du, Roman, wirst das bestätigen können, den Eindruck, dass gerade in diesen beiden Teilämtern sehr professionell, effizient, kostenbewusst, mit der notwendig grossen Flexibilität und mit viel Begeisterung gearbeitet wird. Mit einer sehr laienhaften Rasenmähermethode den beiden Teilämtern 10 Prozent ihres Budgets kürzen zu wollen, wäre nicht nur ein Affront gegen die Sache, sondern auch ein Affront gegen die Menschen, die dort arbeiten. Aus meinem Verständnis für meine eigene schweizerische Identität müsste ich das als sehr unschweizerisch betiteln. Die grüne Fraktion lehnt den SVP-Kürzungsantrag einstimmig ab und stimmt ebenso einstimmig dem Beschlussesentwurf zu.

Franziska Roth, SP. Meine Grossmutter hat immer gesagt, wenn du sicher sein willst, einen Mann zu haben, der zu dir schaut, musst du einen nehmen, der gerne Denkmäler hat, denn je älter du wirst, um so besser schaut er zu dir. (Heiterkeit) Deshalb dachte ich, unter jenen, die Denkmalschutz pflegen, könnte vielleicht ein potenzieller Mann sein. Das sieht nicht so aus.

Warum konservieren wir Denkmäler? Ich dachte, das sei klar und werde gut herauskommen, auch nach der Diskussion in der BIKUKO. Wir konservieren Denkmäler nicht, weil wir sie für schön halten, sondern als ein Stück unseres nationalen Daseins. Denkmäler schützen heisst nicht Luxus suchen, sondern Verständnis üben. Dass ausgerechnet die SVP diesen Budgetbereich kürzen will, begreife ich nicht. Denn das Amt trägt mit seiner wertvollen Arbeit dazu bei, dass unsere kulturellen und traditionellen Zusammenhänge nicht zerrissen werden. Anlässlich der BIKUKO-Sitzung wurden die finanziellen Verhältnisse in diesem Bereich dargestellt. Wie beim Amt für Kultur und Sport, gibt der Kanton «nur» wenig Geld aus, es sind eigentlich Personalgeschäfte, es wird die Wiederherstellung unterstützt, also das Kunsthandwerk, an unserer Vergangenheit im Hinblick auf die Zukunft gearbeitet. Sonst läuft ja praktisch alles, was Förderung ist, über den Lotteriefonds. Jetzt Einsparungen bei der Instandhaltung unserer ehrwürdigen Gebäude und Anlagen zu verlangen, das kapiere ich nicht. Es ist, als würde die SVP entweder daran zweifeln, dass vor ihr jemals Geschichte für die Schweiz geschrieben wurde, oder aber für sie sind historische Denkmäler und archäologische Funde weniger wert als die paar Fränkli, die es nach der Steuer-senkung im eigenen Sack gibt. Das ist von mir aus gesehen eine sehr kurzsichtige Politik und verdient sicher kein Denkmal für die SVP. Wir werden den Antrag ablehnen.

Karin Büttler, FDP. Bei diesem Globalbudget handelt es sich einerseits um die Produktgruppe Denkmalpflege und andererseits um die Produktgruppe Archäologie. Die Fraktion FDP.Die Liberalen stimmt den beiden Gruppen einstimmig zu. In Bezug auf den Verpflichtungskredit 2012 bis 2014 von 9,179 Mio. Franken sind wir geteilter Meinung. Für eine kleine Minderheit ist die Differenz von 900'000 Franken für Sach- und Personenaufwand viel zu hoch. Eine Mehrheit findet aber, dass das Amt gute Arbeit leistet. Weil es bei Grabungen und Beratungen der Denkmalpflege von aussen, also durch die Bautätigkeit gesteuert werde, dränge sich eine Erhöhung des Personals auf, damit man die Bewilligungen und Beratungen kundengerecht abwickeln kann. Die FDP fordert aber eine zurückhaltende Praxis bei archäologischen Grabungen. Sie sollen nur ausgeführt werden, wenn wichtige Funde erwartet werden. Die Fraktion FDP.Die Liberalen lehnt den Antrag der SVP ab und stimmt dem Beschlussesentwurf mehrheitlich zu.

René Steiner, EVP. Wir haben die entscheidenden Gründe gehört, warum auch wir den Kürzungsantrag ablehnen. Die SVP befindet sich in einem permanenten Wahlkampf der SVP mit ihren Kürzungsanträgen. Ich möchte deshalb beliebt machen, dass wir grundsätzlich zu diesen Anträgen Stellung nehmen und nicht in jedem Globalbudget, sonst tagen wir noch am Nachmittag um 3 Uhr.

Herbert Wüthrich, SVP. Es ist wohl an der Zeit, dass der Fraktionsvater Grundlegendes zu den Kürzungsanträgen sagt. Diese Anträge haben nichts mit Wahlkampf zu tun. Wir müssen lernen, gewisse Sachen grundsätzlich anzugehen. Bei jeder Sparübung tritt man irgendjemandem auf die Füsse. Wir kommen nicht weiter, weil wir uns ständig damit auseinandersetzen müssen. Nachdem immer wieder mit Nachdruck betont wird, mit den gebundenen Ausgaben, so genannt exogenen Kosten, seien uns die Hände gebunden - das mag ja zutreffen -, kommen Regierung und Kantonsrat nicht darum herum, die staatliche Aufgabenerfüllung kritisch zu hinterfragen. Man muss nicht die Haarspitzen schneiden, wir ihr das macht, sondern es grundlegend angehen. Nach meiner Auffassung - und ich bin immerhin schon 15 Jahre in diesem Parlament -, gibt es nur zwei Möglichkeiten, und die müssen für einmal ganz klar ausgesprochen werden. Erstens müssen die Staatsaufgaben effizienter erfüllt werden. Zweitens müssen wir auf Staatsaufgaben teilweise oder ganz verzichten. Soll das seriös und gewinnbringend angegangen werden, müssen wir als Parlament Schreckgespenste wie drohender Personalabbau, Gefährdung des Service public und Angriff auf den Sozialstaat ausblenden und der Regierung ein starkes Signal setzen, damit sie die sachliche Auseinandersetzung mit der Zukunft bezüglich der staatlichen Aufgaben in Angriff nimmt. Es ist höchste Zeit, von den Jammertiraden wegzukommen, aber auch von Bauchpinseleien. Das ist nicht unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe ist, die zwei erwähnten Möglichkeiten endlich zuzulassen. Genau das wollen wir mit unseren Kürzungsanträgen. Das ist keine Rasenmähermethode, meine Damen und Herren von den Grünen - ich weiss nicht, ob ihr überhaupt je einen Rasen gemäht habt, ich habe das Gefühl, eher nicht.

Ich bitte Sie, diese Überlegungen zu berücksichtigen, wenn Sie Ihren Entscheid über die Kürzungsanträge fällen.

Walter Straumann, Vorsteher des Bau- und Justizdepartements. Das grundsätzliche Votum von Herbert Wüthrich schätze ich, veranlasst mich aber doch zu ein paar Hinweisen, die auch für andere Geschäfte gelten.

Wenn man vernünftig sparen will, muss man es differenziert tun. Nicht jede Fachstelle und jedes Amt ist gleich in der Lage, vom Etat zurückzugehen. Das Amt für Denkmalpflege und Archäologie, ein kleines Amt übrigens, ist aus verschiedenen Gründen - sie sind sehr einleuchtend aufgezeigt worden - in eine Situation geraten, in der es auch personell verstärkt werden muss. Differenziert sparen heisst, innerhalb des Departements, so haben wir es gemacht, von grösseren Ämtern wie das Hochbauamt, das Amt für Verkehr und Tiefbau, das Amt für Umwelt, grössere Sparbeiträge zu verlangen, um so die kleineren Ämter, die nicht einfach kompensieren können, zu schonen. Das dünkt mich die einzig vernünftige Methode, statt überall 10 Prozent zu sparen.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress

Angenommen

Ziffer 1

Angenommen

Ziffer 2

Antrag Fraktion SVP

Ziffer 2 soll lauten:

2. Für das Globalbudget «Denkmalpflege und Archäologie» der Erfolgsrechnung wird als Saldovorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von 8'261'100 Franken beschlossen

Abstimmung

Für den Antrag Fraktion SVP

Minderheit

Dagegen

Mehrheit

Ziffern 3 und 4

Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfs

Grosse Mehrheit

Dagegen

Minderheit

SGB 152/2011

Globalbudget «Jugendanwaltschaft» (Erfolgsrechnung); Produktgruppenziele und Verpflichtungskredit für die Jahre 2012 bis 2014

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 13. September 2011:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Absatz 1 Buchstabe b der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986 (KV), gestützt auf § 19 Absatz 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 13. September 2011 (RRB Nr. 2011/1945), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Jugendanwaltschaft» der Erfolgsrechnung werden für die 2012 bis 2014 folgende Produktgruppenziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Jugendanwaltschaft
 - 1.1.1 Verhinderung von weiteren Straftaten bei schon straffälligen Jugendlichen.
 - 1.1.2 Jeder Jugendliche mit Wohnsitz im Kanton Solothurn, welcher wegen Strafsachen mit der Jugendanwaltschaft in Kontakt gekommen ist, verfügt über eine Tagesstruktur und über eine Wohnmöglichkeit.
 - 1.1.3 Jugendliche halten sich an die vorgegebenen Regeln.
 - 1.1.4 Möglichst kurze Verfahrensdauer. Die Jugendanwaltschaft bearbeitet eingehende Strafanzeigen speditiv.
 2. Für das Globalbudget «Jugendanwaltschaft» der Erfolgsrechnung wird als Saldovorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von 19'446'300 Franken beschlossen.
 3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Jugendanwaltschaft» (Erfolgsrechnung) wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (GAV) angepasst.
 4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
- b) Zustimmender Antrag Justizkommission/Finanzkommission vom 16. November 2011 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Eintretensfrage

Beat Wildi, FDP, Sprecher der Justizkommission. Die Globalbudgetperiode 2012 bis 2014 der Jugendanwaltschaft weist einen Mehraufwand von 2,5 Mio. Franken aus. Das ist der Hauptposten und betrifft vor allem die Massnahmekosten, insbesondere die stationären. Diese hängen davon ab, wie viele Jugendliche in Heimen platziert werden müssen. Aufgrund der neuen Kompetenzaufteilung von 2008 zwischen Kanton und Gemeinden werden die Kosten voll der Jugendanwaltschaft belastet. Damals wurden rund 6 Mio. Franken für die Heimkosten ausgewiesen. Die Anzahl Heimeinweisungen war leicht rückläufig, weshalb dieser Ausgabenposten auf 4,7 Mio. Franken gekürzt wurde. Jetzt müssen aber diese Ausgaben wieder angehoben werden, weil einerseits die Fälle zugenommen haben und andererseits die Heimkosten gestiegen sind.

Die Justizkommission hat dem Beschlussesentwurf mit 15 zu 0 Stimmen zugestimmt, und ich bitte Sie, ihm ebenfalls zuzustimmen. Die FDP-Fraktion stimmt ebenfalls einstimmig zu.

Bruno Oess, SVP. In der Justizkommission hat es den Anschein gemacht, die Budgetkosten Jugendanwaltschaft seien gerechtfertigt und plausibel. Unlauterkeit möchten wir niemandem unterstellen. Die Kosten sind uns von Bruno Hug auf den ersten Blick fundamental begründet worden, jedenfalls stimmte die JUKO, wie der Kommissionssprecher sagte, dem Voranschlag einstimmig zu. Wir schätzen die Arbeit der Jugendanwaltschaft. Nachdem sich die Finanzkommission mit dem Defizit nicht zufrieden gegeben hat, sind die einzelnen Kommissionen durchgearbeitet und ist versucht worden, im Differenzbereinigungsverfahren das glühende Defizit im Kern etwas abzukühlen. Den einlenkenden Budgetverantwortlichen möchten wir an dieser Stelle danken. Das Defizit hat jedoch noch viel zu wenig gesenkt werden können. Die SVP-Fraktion hat in einer langen Nachbearbeitungszeit bedenklich gemacht, dass im Budget Jugendanwaltschaft zu viele Fragezeichen offen sind. Auch wenn Bruno Hug uns darauf aufmerksam gemacht hat, dass die Massnahmekosten, vor allem die stationären Kosten schwierig zu budgetieren seien und automatisch angenommen wird, dass die Vollzugskosten immer höher werden, pro Jugendheimplatz zwischen 350 und 700 Franken pro Tag. Diese Annahmeveraussetzung finden wir generell falsch. Man könnte einmal hinterfragen, ob man an diesen Kosten etwas ändern könnte oder darauf Einfluss nehmen, auf welchem Weg auch immer.

In der Einleitung wird darauf hingewiesen, dass in den Jahren 2012 bis 2014 die Anzahl der Jugendstrafverfahren stabil oder sogar leicht rückläufig sein werden, denn die entsprechenden Jahrgänge sind auch rückläufig. In der vergangenen Globalbudgetperiode betrug der Saldo 17,8 Millionen. Wir sind der Meinung, dass von den 21,1 Millionen mit einer Reduktion von 10 Prozent wieder etwa der Stand der letzten Globalbudgetperiode erreicht werden könnte. Wir beantragen daher einen Verpflichtungskredit von 17,3304 Mio. Franken. Ich bin überzeugt, auch wenn die Argumentation für die Einsparungen noch so einleuchtend ist, wird sie von der Mehrheit des Rats abgelehnt, weil sie von der SVP kommt.

Christine Bigolin Ziörjen, SP. Wir haben das Budget zur Kenntnis genommen und konnten den Ausführungen des Sprechers der JUKO entnehmen, dass es begründet ist. Die SP-Fraktion teilt diese Auffassung. Sie findet eine 10-prozentige Kürzung unzulässig und empfiehlt, das Budget unverändert zu genehmigen.

Daniel Urech, Grüne. Wir Grünen unterstützen dieses Globalbudget in der vorliegenden Form. Wir begrüssen ausdrücklich, dass nicht einfach die alten Indikatoren übernommen, sondern einzelne ausgetauscht und andere neu geschaffen wurden. Insbesondere die Zielvorgabe der schnellen Fallbearbeitung begrüssen wir sehr; bekanntlich ist die schnelle Reaktion auf ein Delikt für die Wirksamkeit von Strafen gerade bei jungen Leuten speziell wichtig. Dass diese Erkenntnis mit einem Indikator gemessen und vom Kantonsrat festgelegt wird, ist wirkungsorientierte Verwaltungsführung wie im Bilderbuch. Wir erwarten, dass die Jugendanwaltschaft die Ziele erreicht, und hoffen, dass sie sie sogar übertrifft.

Ein Problem habe ich mit dem Kürzungsantrag der SVP. Der Kampf gegen die Kriminalität und insbesondere die Arbeit mit den deliktischen Jugendlichen ist für die Prävention ausserordentlich wichtig. Ich verstehe die Mathematik der SVP nicht ganz. Gestern hat Walter Gurtner beim Globalbudget Strassenbau die Regierung in den höchsten Tönen gelobt für eine Kürzung von etwas über einem Prozent, während jetzt Kürzungen von 10 Prozent, bei der Jugendanwaltschaft sogar noch mehr, gefordert werden. Es wundert mich auch, dass die Bedenken der SVP nicht bereits in der JUKO geäussert wurden. Wir lehnen den Antrag der SVP ab und stimmen der Regierungsvorlage zu.

Thomas A. Müller, CVP. In der letzten Globalbudgetperiode waren 21,5 Mio. Franken verlangt worden, jetzt sind es noch 19,4 Mio. Franken. Die 10 Prozent, die gemäss SVP eingespart werden sollen, hat das Amt eigentlich schon eingespart. Nicht jede Amtsstelle wird automatisch teurer, die Jugendanwaltschaft jedenfalls zeigt, dass man durchaus mit den Kosten zurückfahren kann. Die Bekämpfung der Jugendkriminalität, das ist das Hauptanliegen der Jugendanwaltschaft, ist auch unserer Fraktion wichtig. Wir verlangen effiziente und schnelle Verfahren. Diese Verfahren haben halt ihren Preis. Sparmöglichkeiten sieht die SVP gemäss dem Votum von Bruno Oess bei den Vollzugskosten. Gerade dort aber ist ein Sparantrag unehrlich, weil genau diese Massnahmen im konkreten Fall nötig sind. Man weiss im Voraus nicht, wie hoch die Vollzugskosten sind. Jugendlichen, die zwingend fremdplatziert werden müssen, kann man doch nicht sagen, ihr dürft wieder auf die Strasse, dürft wieder gewalttätig sein, weil uns die Mittel ausgegangen sind. Das kann es wohl nicht sein. In diesem Sinn bitte ich Sie, den Kürzungsantrag abzulehnen.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress	Angenommen
-------------------	------------

Ziffer 1	Angenommen
----------	------------

Ziffer 2

Antrag Fraktion SVP

Ziffer 2 soll lauten:

2. Für das Globalbudget «Jugendanwaltschaft» der Erfolgsrechnung wird als Saldovorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von 17'330'400 Franken beschlossen.

Abstimmung

Für den Antrag Fraktion SVP	Minderheit
-----------------------------	------------

Dagegen	Mehrheit
---------	----------

Ziffern 3 und 4	Angenommen
-----------------	------------

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfs	Mehrheit
-------------------------------------	----------

Dagegen	Minderheit
---------	------------

SGB 148/2011

1. Globalbudget «Kultur und Sport» (Erfolgsrechnung); Produktgruppenziele und Verpflichtungskredit für die Jahre 2012-2014; 2. Änderung des Beschlusses über die Budgetstruktur für die Jahre 2010-2013; Bestimmung der Globalbudgets und der Produktgruppen (KRB SGB 118/2008 vom 10. Dezember 2008)

Es liegen vor:

a) Botschaft und zwei Beschlussesentwürfe des Regierungsrats vom 13. September 2011:

A) Globalbudget «Kultur und Sport» (Erfolgsrechnung); Produktgruppenziele und Verpflichtungskredit für die Jahre 2012-2014

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Buchst. b der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 13. September 2011 (RRB Nr. 2011/1936), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Kultur und Sport» werden für die Jahre 2012 bis 2014 folgende Produktgruppenziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Kulturförderung und Kulturpflege
 - 1.1.1 Kulturelle Vielfalt im ganzen Kanton fördern
 - 1.1.2 Kulturpflegerische Partnerschaften sorgsam behandeln und ausbauen
 - 1.1.3 Museum Altes Zeughaus als Kulturdenkmal erhalten und als Museum erneuern
 - 1.1.4 Schloss Waldegg als Museum erneuern sowie als Zentrum für Kultur und Begegnung fördern
 - 1.2 Produktgruppe 2: Sport
 - 1.2.1 Förderung des Breitensports, insbesondere von Jugend und Sport
2. Für das Globalbudget «Kultur und Sport» der Erfolgsrechnung wird als Saldovorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von 22'146'000 Franken beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Kultur und Sport» (Erfolgsrechnung) wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

B) Änderung des Beschlusses über die Budgetstruktur für die Jahre 2010-2013; Bestimmung der Globalbudgets und der Produktgruppen (KRB SGB 118/2008 vom 10.12.2008)

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Buchst. b der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 18 Abs. 2 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 13. September 2011 (RRB Nr. 2011/1936), beschliesst:

Die Ziffer 1.17 lautet neu wie folgt:

1.17 Globalbudget «Kultur und Sport» mit den 2 Produktgruppen «Kulturförderung und Kulturpflege» und «Sport».

- b) Änderungsantrag der Bildungs- und Kulturkommission / Finanzkommission vom 16. November 2011 zu Beschlussesentwurf 1 des Regierungsrats.
- c) Zustimmung des Regierungsrats zu den Änderungsanträgen der Bildungs- und Kulturkommission / Finanzkommission.

Eintretensfrage

Roman Stefan Jäggi, SVP, Sprecher der Bildungs- und Kulturkommission. Das Globalbudget des Amtes für «Kultur und Sport» AKS beinhaltet 22,146 Mio. Franken für die Jahre 2012 bis 2014. Es weist einen Mehrbedarf von rund 2,6 Mio. Franken gegenüber der letzten Globalbudgetperiode aus. Das Budget wird zu mehr als zwei Dritteln mit Beiträgen an kulturelle Einrichtungen belastet. Dazu gehören die Zentralbibliothek Solothurn, Schloss Waldegg, Schloss Wartenfels in Lostorf, das Stadttheater Solothurn, das Musikautomatenmuseum Seewen und die Solothurner Filmtage. Zudem muss die seit 30 Jahren unveränderte permanente Ausstellung im Alten Zeughaus erneuert werden. Das Ausgabenwachstum im

Globalbudget ist hauptsächlich auf eine Erhöhung der Mittelbeiträge an diese kulturellen Einrichtungen zurückzuführen, insbesondere an die Zentralbibliothek. Die Zentralbibliothek Solothurn ist die grösste nicht universitäre Bibliothek in der Schweiz; ihr Archiv weist aber grosse Rückstände auf, so bei der Katalogisierung der Buchbestände und bei der Übernahme von Daten von Papier auf elektronischer Basis. Zudem soll der kantonale Jahresbeitrag an das Stadttheater Solothurn in den Jahren 2012 bis 2014 schrittweise von 540'000 auf 800'000 Franken pro Jahr erhöht werden.

Aus dem Globalbudget wird ersichtlich, dass der Sport in den Jahren 2012 bis 2014 weniger kantonale Mittel braucht als in der vorangegangenen Globalbudgetperiode. Auch das gibt es, und möglich macht es eine verstärkte Förderung zulasten des Sportfonds.

Die BIKUKO beantragt Ihnen, dem Globalbudget in der vorliegenden Form und den beiden Beschlussesentwürfen zuzustimmen.

Felix Lang, Grüne. Ich beschränke mich auf die beantragte Kürzung im Kulturbereich. Damit will ich als ehemaliger aktiver Turner und Ringer den Sport kein bisschen negieren und die vielfältigen Anstrengungen im Bereich Sport ausdrücklich würdigen.

Budgetkürzungen sind angesagt; finanziell schwierige Jahre stehen vor uns. Das Notwendige muss jetzt vom nicht unbedingt Notwendigen getrennt werden. Das ist der Tenor. Erlauben Sie mir dazu eine Frage: Wie viel Demokratie ist wirklich notwendig? Was hat diese Frage mit dem Globalbudget zu tun? Es ist ganz einfach: Wo es keine vielfältige Kultur gibt, gibt es auch keine Demokratie. Uns Grünen geht es bei diesem Geschäft nicht nur darum, eine sinnvolle Neugestaltung der Ausstellung im Schloss Waldegg, die nach Aussage von Regierungsrat Klaus Fischer bereits gut unterwegs ist, vor dem Rotstift zu retten, sondern auch darum, eine Antwort zu geben auf die Frage, wie wichtig uns die Kultur ist. Der Kanton macht bekanntlich nicht nichts für die Kultur. Er lässt aber auch nicht wenig davon aus dem Lotteriefonds finanzieren. Mit dem vorliegenden Geschäft haben wir als Kantonsrat die seltene Möglichkeit, uns zur Wichtigkeit von Kultur zu äussern. Wenn man die in Frage gestellten dreimal 150'000 Franken ins Verhältnis zum Gesamtbudget stellt, erhält die Frage, eben gerade weil der Betrag unbedeutend ist, eine fast dramatisch grosse Bedeutung. Wenn wir die 450'000 Franken aus dem Globalbudget streichen, nota bene am Tag des Abschlusskonzerts zum Jubiläumsjahr 20 Jahre Wiedereröffnung des Schlosses Waldegg, werden wir als Parlament heute Abend mit Recht zum Gespött des nicht schweigenden Liedermachers Ruedi Stuber und der schweigenden Mehrheit werden, während wir gleichzeitig den neuen Kantonsratspräsidenten feiern.

Die grüne Fraktion beantragt einstimmig, auf die Streichung von dreimal 150'000 Franken zu verzichten und somit den ursprünglichen Beschlussesentwurf des Regierungsrats mit einem Verpflichtungskredit von 22,146 Mio. Franken zu genehmigen.

Rolf Späti, CVP. Kultur und Sport sind eine klare staatliche Aufgabenerfüllung, die keine maximale Finanzlast erwirkt. Regierungsrat Klaus Fischer sagte sogar, der Kanton Solothurn gebe sehr wenig Geld aus für die Kultur. Einsparungen in diesem Bereich finden wir deshalb nicht sinnvoll. Wenn die staatliche Aufgabenerfüllung in diesem Bereich nicht gewährleistet werden kann, ist dies ein falsches Zeichen im falschen Moment. Sparen bei unserer echt solothurnischen Kultur ist nicht nachhaltig und ganz sicher nicht fördernd für den Kanton. Eine nicht erneuerte Ausstellung ist unattraktiv, und die Kulturvermittlung, die sehr wichtig ist, kann nicht vollzogen werden. Aus diesen Gründen lehnen wir die vorgeschlagene Kürzung ab und stimmen dem ursprünglichen Beschlussesentwurf zu, so wie wir das auch in der BIKUKO getan haben, wo die Kürzung nur durch den Stichentscheid des Präsidenten zustande gekommen ist. Ich danke Ihnen, wenn Sie in unserem Sinn entscheiden, und wünsche unserer Kultur weiterhin viel Erfolg.

Franziska Roth, SP. Wenn ich das Budget für meine Familie mache und Sparen angesagt ist, geht es mir nicht in erster Linie darum, gleich viel für jeden zu sparen, sondern die Enttäuschungen gerecht zu verteilen. Das ohnehin schon dürftig gehaltene Kultur- und Sportbudget wird mit dem Kürzungsantrag für das Schloss Waldegg empfindlich getroffen. Ich verstehe diesen Kürzungsantrag nicht. Wir sind eigentlich ein sehr kulturbeleckter Kanton. Im Gegenzug geben wir aber im Vergleich zu den umliegenden Kantonen sehr wenig Geld für die Förderung von Kultur und Sport aus. Anders gesagt, wir fördern fast ausschliesslich über den Lotteriefonds und somit nicht aus dem eigenen Sack. Mit der neuen Ausstellung im Schloss Waldegg kann oder könnte man endlich von der politischen Seite her ein offizielles Zeichen für die Kultur und insbesondere für unsere kantonale Geschichte setzen. Jetzt soll genau dieses Projekt,

das endlich ein Zugeständnis des Parlaments an die Kulturförderung gewesen wäre, wieder weg gespart werden. Vergleicht man die Sparmassnahme mit den anderen Budgetierungsposten des DBK, so stellen wir fest, dass gerade das stiefmütterlich behandelte Amt für Kultur und Sport den einzig wahren Sparbeitrag leistet. Denn alle andern Budgetposten sind entweder hinausgeschobene Finanzgrössen oder eine unsorgfältige Absprache mit der FHNW betreffend Finanzierung der Quereinsteigerkurse. Der Kanton Solothurn hat als Staat die Aufgabe, die wenigen Kulturgüter für die Öffentlichkeit sinnvoll, wissen-serweiternd und traditionserhaltend herzurichten. Ich bitte Sie, dem Globalbudget in der ursprünglichen Fassung zuzustimmen und den Kürzungsantrag von 450'000 Franken abzulehnen.

Verena Meyer, FDP. Dieses Globalbudget ist wie alle andern auch von einer Gruppe von Kantonsrätinnen und Kantonsräten auf Herz und Nieren geprüft worden. Wir haben eine Steigerung um insgesamt rund 2,5 Mio. Franken festgestellt. Die Kostenzunahme ist einseitig auf der Kulturseite zu suchen; der Sport musste «iluege». Das hat Stirnrunzeln ausgelöst und die FDP-Mitglieder in der BIKUKO veranlasst, ein Zeichen zu setzen und zu deponieren, dass die Kultur nicht auf Kosten des Sports gefördert werden darf. Man soll die zwei Anliegen je einzeln anschauen und eine angemessene Budgetierung vornehmen. In der Budgetbereinigungsrunde wurde der BIKUKO vorgeschlagen, auf die Erneuerung der Ausstellung auf Schloss Waldegg zu verzichten bzw. sie um drei Jahre hinauszuschieben. Die Ausstellung ist also nicht völlig vom Tisch. Dem haben auch wir zugestimmt. Die Streichung ist gezielt, vom Amt vorgeschlagen und keine Rasenmähermethode. Insgesamt unterstützt die FDP das gekürzte Globalbudget und stimmt dem Beschlussesentwurf zu.

Roman Stefan Jäggi, SVP. Die SVP-Fraktion unterstützt den Kürzungsantrag der Finanzkommission, weil er mit dem Amt für Kultur und Sport ausgehandelt und vereinbart worden ist.

Rolf Späti, CVP. Aus meinem vorherigen Votum ist der Eindruck entstanden, dass die Fraktion der Kürzung nicht zustimmt. Das ist nicht der Fall. Es war die Gruppe der BIKUKO, die nicht zugestimmt hat. Die Fraktion stimmt der Kürzung grossmehrheitlich gegen 7 Stimmen zu.

Susanne Schaffner, SP, Sprecherin der Finanzkommission. Ich möchte den Kürzungsantrag noch aus Sicht der Finanzkommission begründen. Wir sind der Auffassung, die Kürzung sei möglich, weil der zuständige Amtschef geäußert hat, die Erneuerung der Ausstellung auf Schloss Waldegg könne durchaus verschoben werden. Der Widerstand war nicht so gross, dass wir gefunden hätten, die Kürzung sei nicht zu verantworten. Wir halten nach wie vor an unserem Antrag fest.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Beschlussesentwurf 1

Titel und Ingress	Angenommen
-------------------	------------

Ziffer 1	Angenommen
----------	------------

Ziffer 2

Antrag Bildungs- und Kulturkommission / Finanzkommission

Ziffer 2 soll lauten:

2.Für das Globalbudget «Kultur und Sport» der Erfolgsrechnung wird als Saldovorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von 21'696'000 Franken beschlossen.

Abstimmung

Für den Antrag Bildungs- und Kulturkommission / Finanzkommission	66 Stimmen
--	------------

Dagegen	27 Stimmen
---------	------------

Ziffern 3 und 4

Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfs 1

Mehrheit

Dagegen

Minderheit

Detailberatung

Beschlussesentwurf 2

Titel und Ingress

Angenommen

Ziffer 1.17

Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfs 2

Mehrheit

Dagegen

Minderheit

Die bereinigten Kantonsratsbeschlüsse lauten:

A) Globalbudget «Kultur und Sport» (Erfolgsrechnung); Produktegruppenziele und Verpflichtungskredit für die Jahre 2012-2014

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Buchst. b der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 13. September 2011 (RRB Nr. 2011/1936), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Kultur und Sport» werden für die Jahre 2012 bis 2014 folgende Produktegruppenziele festgelegt:
 - 1.1 Produktegruppe 1: Kulturförderung und Kulturpflege
 - 1.1.1 Kulturelle Vielfalt im ganzen Kanton fördern
 - 1.1.2 Kulturpflegerische Partnerschaften sorgsam behandeln und ausbauen
 - 1.1.3 Museum Altes Zeughaus als Kulturdenkmal erhalten und als Museum erneuern
 - 1.1.4 Schloss Waldegg als Museum erneuern sowie als Zentrum für Kultur und Begegnung fördern
 - 1.2 Produktegruppe 2: Sport
 - 1.2.1 Förderung des Breitensports, insbesondere von Jugend und Sport
2. Für das Globalbudget «Kultur und Sport» der Erfolgsrechnung wird als Saldovorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von 21'696'000 Franken beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Kultur und Sport» (Erfolgsrechnung) wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

B) Änderung des Beschlusses über die Budgetstruktur für die Jahre 2010-2013; Bestimmung der Globalbudgets und der Produktgruppen (KRB SGB 118/2008 vom 10.12.2008)

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Buchst. b der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 18 Abs. 2 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 13. September 2011 (RRB Nr. 2011/1936), beschliesst:

Die Ziffer 1.17 lautet neu wie folgt:

1.17 Globalbudget «Kultur und Sport» mit den 2 Produktgruppen «Kulturförderung und Kulturpflege» und «Sport».

SGB 090/2011

1. Globalbudget «Fachhochschulbildung» (Erfolgsrechnung); Produktgruppenziele und Verpflichtungskredit für die Jahre 2012-2014; 2. Änderung des Beschlusses über die Budgetstruktur für die Jahre 2010-2013; Bestimmung der Globalbudgets und der Produktgruppen (KRB Nr. SGB 118/2008 vom 10. Dezember 2008)

Es liegen vor:

a) Botschaft und zwei Beschlussesentwürfe des Regierungsrats vom 14. Juni 2011:

A) Globalbudget «Fachhochschulbildung» (Erfolgsrechnung); Produktgruppenziele und Verpflichtungskredit für die Jahre 2012–2014

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Absatz 1 Buchstabe b der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986 sowie die §§ 19 Absatz 1 und 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 14. Juni 2011 (RRB Nr. 2011/1278), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Fachhochschulbildung» der Erfolgsrechnung werden für die Jahre 2012–2014 folgende Produktgruppenziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Fachhochschule Nordwestschweiz
 - 1.1.1 Produkte gemäss Leistungsauftrag der FHNW für die Jahre 2012–2014. Der interkantonale Leistungsauftrag wird genehmigt; es erfolgt eine jährliche, separate Berichterstattung.
 - 1.2 Produktgruppe 2: Massnahmen gegen den Mangel an Lehrpersonen
 - 1.2.1 Deckung des Bedarfs an Lehrkräften für die Solothurner Volksschule
 - 1.2.2 Deckung des Bedarfs an Lehrkräften Sekundarstufe 1 mit adäquater Ausbildung
2. Für das Globalbudget «Fachhochschulbildung» der Erfolgsrechnung/Investitionsrechnung wird als Saldovorgabe für die Jahre 2012–2014 folgender Verpflichtungskredit von total 108'245'000 Franken beschlossen:
 - 2.1 für die Produktgruppe 1: Fachhochschule Nordwestschweiz 101'733'000 Franken;
 - 2.2 für die Produktgruppe 2: Massnahmen gegen den Mangel an Lehrpersonen 6'512'000 Franken.
3. Die Ziffern 1.1. und 2.1. werden unter dem Vorbehalt beschlossen, dass die Parlamente der Kantone Aargau, Basel-Landschaft und Basel-Stadt gleich lautende Beschlüsse fassen.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

B) Änderung des Beschlusses über die Budgetstruktur für die Jahre 2010–2013; Bestimmung der Globalbudgets und der Produktgruppen (KRB Nr. SGB 118/2008 vom 10. Dezember 2008)

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Absatz 1 Buchstabe b der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, § 18 Absatz 2 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. Sep-

tember 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 14. Juni 2011 (RRB Nr. 2011/1278), beschliesst:

Die Ziffer 1.19 lautet neu wie folgt:

1.19 Globalbudget «Fachhochschulbildung» mit den zwei Produktgruppen «Fachhochschule Nordwestschweiz» und «Massnahmen gegen den Mangel an Lehrpersonen».

- b) Zustimmender Antrag der Bildungs- und Kulturkommission vom 31. August 2011 zu den Beschlussesentwürfen des Regierungsrats.
- c) Zustimmender Antrag der Finanzkommission vom 7. September 2011 zu den Beschlussesentwürfen des Regierungsrats.

Eintretensfrage

Hubert Bläsi, FDP, Sprecher der Bildungs- und Kulturkommission. Aller guten Dinge sind vier. Nachdem dem Budget Fachhochschulbildung in den Kantonen Aargau und Basel-Stadt jeweils mit grossem Mehr zugestimmt worden ist und es im Kanton Baselland nach einer Zusatzschleife am letzten Donnerstag im gleichen Sinn so weit war, fehlt jetzt noch die Billigung im vierten Vertragskanton, dem Kanton Solothurn. Das Globalbudget 2012 bis 2014 bildet den strategischen und finanziellen Rahmen für die dritte Leistungsauftragsperiode der Fachhochschule Nordwestschweiz. Sind in der letzten Periode der Aufbau und die Aktivierung der Masterstudiengänge, die Erarbeitung und der Start der gemeinsamen Pensionskassenlösung sowie die Planung der Campusprojekte im Vordergrund gestanden, so setzt die FHNW in der dritten Leistungsauftragsperiode einerseits auf Konsolidierung des Erreichten und andererseits auf einen punktuellen, gezielten Ausbau ihres Angebots, insbesondere im Bereich der Pädagogischen Hochschule sowie bereichsspezifisch in der Forschung. Gesamtstrategisch betont die FHNW vor allem ihre Charakteristik einer Mehrspartenhochschule. Das will sie im Rahmen von hochschulübergreifenden Lehr- und Forschungsprojekten fördern. Der Bezug der Campusneubauten in Olten, Brugg-Windisch und Basel wird die dritte Leistungsauftragsperiode zudem in besonderer Weise fordern. Das Total der Trägerbeiträge für 2009 bis 2011 belief sich auf rund 595 Mio. Franken. Auf dieser Finanzierungsgrundlage konnte die FHNW ihre zweite Leistungsperiode ausgeglichen abschliessen und auch den Verlustvortrag aus der ersten Periode abtragen. Damit die FHNW den politisch bestellten Leistungsumfang aus dem Jahr 2011 halten, der Nachfrage nach zusätzlichen Studienplätzen moderat begegnen, das Angebot und die Forschungsleistungen punktuell erweitern und insbesondere den Mehraufwand im Infrastrukturbereich wegen der Neubaubezüge finanzieren kann, beantragen die Regierungen den Parlamenten, den Trägerbeitrag in der Leistungsauftragsperiode um 80 Mio. Franken zu erhöhen. Der von der FHNW beantragte Globalbeitrag erreicht so insgesamt eine Höhe von rund 675 Mio. Franken.

Der Kanton Solothurn finanziert gemäss Lastenverteilungsschlüssel 15,2 Prozent der gesamten Trägerbeiträgen, also 32,05 Mio. Franken für das Jahr 2012, 33,46 Mio. Franken für 2013 und 37,23 Mio. Franken für 2014. Gesamthaft entspricht dies für die nächsten drei Jahre einem Betrag von 103 Mio. Franken. Für unseren Kanton ist es erfreulich, dass an der PH in Solothurn der Masterstudiengang für die Sek-1-Stufe eingeführt wird. So hofft man, die Abwanderung von Studierenden an ausserkantonale PH eindämmen zu können. Ein weiterer Pluspunkt ist die Integration der Kaderausbildung für Optiker, der so genannten Optometrie in Olten. Olten bietet damit gesamtschweizerisch als einziger Standort diese Ausbildung an.

Ebenfalls einen Teil der Vorlage bildet der Nachvollzug einer Änderung des Bundesgerichtsgesetzes. Die Regierungen haben Paragraph 33 des Staatsvertrags über die FHNW revidiert und die Rechtsschutzbestimmungen für Beschwerdeführende an die neue Gesetzeslage angepasst. Diese an sich nicht gesetzeswesentliche Änderung ist ebenfalls von den vier Kantonsparlamenten zu genehmigen. Wir werden im Beschlussesentwurf 2 dazu Stellung nehmen können.

In der BIKUKO ist der neue EDK-anerkannte Studiengang an der PH diskutiert worden. Grossmehrheitlich war man der Meinung, dass die Einführung wesentlich zu einer Standortsicherung wird beitragen können, und man hofft, dass Studierende aus Nachbarkantonen das Angebot in unserer Kantonshauptstadt nutzen werden. Es ist zudem zu bemerken, dass der Kanton für jeden Studierenden, der ausserhalb eine PH besucht, Studiengelder entrichten muss.

Von einer Seite wurde die Leistungsvereinbarung als verheerend bezeichnet. Es wurde argumentiert, das Wachstum betrage bei den Studierenden 4 Prozent, das Budget aber steige um 18 Prozent. In der Antwort wurde erklärt, weil sich die Kosten über drei Jahre verteilen, müsse das angestrebte Wachstum von 4 Prozent bei den Studierenden mit einer Ausgabensteigerung von lediglich 1 Prozent bewältigt werden. Die Problematik des Wachstums wurde auch allgemein diskutiert. Einerseits ist der Mangel an Lehrpersonen ein Thema, andererseits wurde erwähnt, dass nicht allein die Höhe des Wachstums entscheidend sei, sondern viel mehr, in welchem Bereich es der Fall sein werde. Seitens der Politik erwartet man, dass der Fachhochschulrat und der Regierungsausschuss die Entwicklungen genau beobachten und entsprechende Erkenntnisse während der Leistungsauftragsperiode kommunizieren werden. Dabei ist darauf zu achten, dass der Mangel an Fachkräften möglichst gut aufgefangen wird. Weil die Nachfrage der Wirtschaft nach Nachwuchskräften gross ist, wird man an die Grenze des bestmöglichen Auslastung gehen. In gewissen Bereichen wird es eine klar limitierte Anzahl Studienplätze geben. Damit soll ein Weg gefunden werden, dass es möglichst allen Anforderungen gerecht wird und dabei zahlbar bleibt. Das bedingt Kompromissbereitschaft sowohl seitens der Regierungen wie auch der FHNW.

77 Prozent der BIKUKO-Mitglieder, das heisst 10 von 13, haben zu den beiden Beschlussesentwürfen Ja gesagt. Im Namen der Kommission bitte ich Sie, ebenfalls zuzustimmen.

Peter Brotschi, CVP. Die Fachhochschule Nordwestschweiz hat diesen Herbst einiges zu reden und zu schreiben gegeben. Das war schon im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit der grossen Zusatzfinanzierung der Fall. Wenn über die Fachhochschule geredet wird, ist nicht selten ein gewisses Misstrauen zu spüren. In der Tat ist die FHNW ein riesiges und gleichzeitig komplexes Gebilde. Vier Kantone führen zusammen neun Hochschulen, die auf 13 Standorte verteilt sind. Dass man als Parlamentarier angesichts einer derart grossen Institution, die auch noch sehr viel Geld kostet, ein mulmiges Gefühl im Magen hat, ist mehr als verständlich. Aber in allen Partnerschaften braucht es eine gesunde Portion Vertrauen. Als Parlamentarier müssen wir die FHNW kontrollieren. Gleichzeitig müssen wir aber auch Vertrauen in die Leitung der FHNW und in den Regierungsausschuss haben, sonst klappt das Zusammenleben unter den Kantonen und mit der Führung der Fachhochschule nicht. Die vier Bildungsdirektoren müssen genau hinschauen, was passiert. Sie sind daheim gegenüber ihrem Kollegium Rechenschaft schuldig. Die vier Finanzdirektoren ihrerseits schauen genau hin, was mit den Millionen passiert. Dazu kommen die IPK FHNW, die Bildungskommissionen und die Parlamente mit ihren Geschäftsprüfungen sowie die Finanzkontrollen. Es sind also viele Sicherungselemente eingebaut.

Globalbudget und Leistungsauftrag sehen ein moderates Wachstum der Studierenden von 4 Prozent vor. Das kann aus unserer Sicht verantwortet werden. Ein Vollwachstum ist nicht realisierbar. Wir haben mit der Schaffung der Berufsmaturität eine politisch gewollte Verbesserung der Berufsbildung initiiert, so dass nun den Abgängern auch eine Anschlussmöglichkeit gewährleistet werden muss. Die demografische Entwicklung wird aber schon mittelfristig dafür sorgen, dass das Wachstum nicht aus dem Ruder läuft. Wichtig ist, den Fokus in der nächsten und in den folgenden Perioden auf Studiengänge zu legen, deren Absolventen sehr gesucht sind. Das sind vorab die technischen Bereiche sowie die Lehrberufe. Im Leistungsauftrag ist es erfreulicherweise gelungen, die Ausbildung zum Lehrer Sek 1 am Standort Solothurn zu integrieren. Das ist eine Aufwertung und Attraktivitätssteigerung des ehemaligen Lehrerseminars und gibt ein gewisses Gegengewicht zur PH Bern.

Unsere Fraktion ist überzeugt, dass der vorliegende Leistungsauftrag angemessen ist, damit die FHNW die drei Jahre gut bewältigen kann. Zu viel Speck am Finanzierungsknochen gibt es nicht. Aus diesem Grund kann ich namens der Fraktion CVP/EVP/glp Zustimmung zur Vorlage bekannt geben.

Als auf Ende Jahr abtretender Präsident der IPK FHNW werde ich in der Detailberatung noch etwas zu sagen.

Urs von Lerber, SP. Das Globalbudget der FHNW über 108,245 Mio. Franken und insbesondere das Wachstum haben viel zu reden gegeben. Das Wachstum des Budgets ist aber sehr gut begründet. Die Teuerung, die Integration der Optometrie, Zusatzangebote der PH, höhere Infrastrukturkosten, wobei hier der Kanton auch profitiert, und ein kleines effektives Wachstum von 1,2 Prozent sind plausibel und vernünftig. Die Studierendenzahlen wachsen allerdings deutlich mehr als 1,2 Prozent, da öffnet sich eine Schere. Wir fordern deshalb von der FHNW, diejenigen Studiengänge auszubauen, die einen Mangel an Lehr- oder Fachkräften aufweisen, und dort alle Bewerberinnen und Bewerber aufzunehmen. Die FHNW soll auf die Stärken einer Fachhochschule setzen, nämlich praxisnahe, bedarfsgerechte, qualitativ hoch stehende Ausbildung auf Bachelorstufe anbieten. Es soll künftig kein Ausbau mehr erfolgen, son-

dern, wenn schon, ein Umbau, das heisst Ersatz von Altem durch Neues. Zudem sollen Masterlehrgänge sehr zurückhaltend oder gar nicht ausgebaut werden.

Mit dem Beschlussesentwurf stimmen wir ebenfalls dem Leistungsauftrag zu, ohne je einen Einfluss darauf gehabt zu haben. Die IPK hat als einziges Gremium den Leistungsauftrag zur Kenntnis genommen, also nicht beraten. Das genügt nicht. Zukünftig fordern wir ein grösseres Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrecht. In den Leistungszielen betreffen nur gerade drei Punkte den Hauptaufgabenbereich der FHNW, die Lehre. Das ist ein Defizit gegenüber allen anderen Zielen wie Forschung, Dienstleistung, Organisation, Immobilienbewirtschaftung. Die FHNW erfüllt eine wichtige Funktion und ist sehr gut positioniert. Sie benötigt die beantragten Mittel dringend, deshalb stimmt die SP dem Globalbudget zu.

Roman Stefan Jäggi, SVP. Wir alle wissen um den guten Ruf der Fachhochschule Nordwestschweiz und um die Attraktivität bei den Fachhochschülern. Aber das rechtfertigt noch keine Kostensteigerung von 18 oder fast 19 Mio. Franken in nur drei Jahren. Die SVP lehnt dieses Globalbudget rundweg und einstimmig ab. Eine solche Kostenzunahme ist verantwortungslos. Wenn ihr die Kantone Basel-Stadt, Aargau und Baselland zustimmen, ist das ihr Problem. Aber wenn der Kanton Solothurn jetzt kein Zeichen gegen die Kostenexplosion bei der Fachhochschule setzt, und es ist eine Kostenexplosion, die dort stattfindet, können Sie sicher sein, dass Sie 2014 wieder zu einer Kostensteigerung von 18 Prozent oder mehr werden Ja sagen müssen.

Die Gründe für die Kostensteigerungen sind einfach. Zum einen haben wir den Verdacht, dass man bei der Volksabstimmung über die Fachhochschule Nordwestschweiz mit einer sehr kostengünstigen und sehr schlanken Vorlage dahergekommen ist, damit sie eine Mehrheit finden konnte. Jetzt folgen halt die schmerzhaften Korrekturen. Zum anderen wird klammheimlich eine Paralleluniversität aufgebaut. Die Fachhochschüler heissen plötzlich Studenten, ihre Lehrer nennen sich Professoren und die Schulhäuser heissen Campus. Das sind erste Indizien, dass da «kantonale Universitäten» parallel zu unserer Bundes-Uni aufgebaut werden. Angeboten werden Bachelor- und nächstens auch Masterabschlüsse. Durch die Hintertür bauen sich die Kantone neben den vom Bund finanzierten Universitäten Bildungsstätten mit zunehmend universitärem Charakter auf. Dass dies nicht zum Nulltarif zu haben ist, ist klar, ob es sinnvoll ist, ist fraglich. Wir haben bei der Debatte und beim Budget ganz deutlich gemerkt, dass der Kantonsrat eigentlich gar nichts mehr zu sagen hat als Ja oder Nein. Einfluss nehmen aufs Budget kann der Kantonsrat direkt nicht mehr. Damit die Leitung der Fachhochschule merkt, dass es dem Kanton Solothurn ernst und das Mass jetzt voll ist, bitten wir Sie, das Globalbudget abzulehnen.

Verena Meyer, FDP. Das Globalbudget hat einige Wirren hinter sich, ist jetzt aber in allen andern Trägerkantonen genehmigt worden. Nur in Solothurn steht die Genehmigung noch aus. Das Globalbudget hat auch in der FDP zu recht heftigen Diskussionen geführt, wenn auch nicht um Begriffe, wie Roman Jäggi sie eben erwähnt hat. Ich bin 2002 von der Fachhochschule abgegangen und war bereits damals Studentin. Die Begriffe sind nicht neu, Roman.

Um wie viel soll eine Fachhochschule wachsen und um wie viel sollen damit die Kosten steigen? Das gab auch bei uns zu reden. Diese Frage wird aber nicht erst in den Kantonsparlamente Aargau, Basel-Stadt, insbesondere Baselland und auch Solothurn heiss diskutiert, zuvor haben sich schon die Interparlamentarische Kommission und die vier Regierungen miteinander mit ihr befasst. Ich will damit sagen, dass man den vorberatenden und überkantonalen Kommission auch ein gewisses Mass an Vertrauen - ich meine nicht blindes Vertrauen - schenken muss, dass sie das Budget nicht einfach durchwinken, sondern kritisch hinschauen. So hat man wichtige Parameter zur Verhinderung eines ungebremsen Wachstums gesetzt, beispielsweise mit Instrumente der Zulassungsbeschränkung, und man legt die jährlich maximal finanzierbaren Studienplätze pro Studiengang fest. Dem Lehrkräftemangel muss man aber mit einem entsprechenden Angebot rechtzeitig entgegen wirken. Aus diesem Grund sind Sonderprogramme an den Pädagogischen Hochschulen gestartet worden. Diese Bestellung ist nicht gratis, läuft aber als Pilot ausserhalb des Globalbudgets. Zudem kann man nicht auf der einen Seite das duale Bildungssystem in den Himmel rühmen und dann, wenn es um die Wurst geht, den Geldhahnen zudrehen. Das gilt auch für die beschlossenen Bauten, die man jetzt realisieren oder zu Ende führen sollte. Dabei sollte über die Kantonsgrenzen weg überall mit den gleichen Ellen gemessen werden. Wenn man Flächen überprüft, dann bitte an allen vier Standorten, nicht nur in Olten. Wir sind eine FHNW, und es darf innerhalb dieser FHNW keinen Kantonswettbewerb geben, vielmehr müssen wir an einem Strick ziehen.

Insgesamt unterstützt die FDP-Fraktion das Globalbudget mit grossem Mehr, stellt aber auch gewisse Forderungen. Wir wollen keine Doppelspurigkeiten im Studienangebot, und es braucht eine gute Koor-

dination und Kooperation der Hochschulen. Das Studienangebot muss auf den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts basieren. Wir können nicht Leute ausbilden, die niemand brauchen kann. Die Parlamente sollen in Zukunft besser einbezogen werden bei der Erarbeitung des Leistungsauftrags und sie sollen mehr mitbestimmen können. Unter diesen Bedingungen stimmt die FDP-Fraktion dem Globalbudget zu.

Felix Lang, Grüne. Nicht zuletzt dank interkantonalen Gesprächen von uns Grünen hat die Vorlage in einem zweiten Anlauf im Landrat des Kantons Baselland doch noch eine klare Mehrheit gefunden. Die berechtigte Kritik zur Entstehung des Globalbudgets hat aus Sicht der grünen Fraktion Solothurn nie eine Ablehnung des Globalbudgets begründet. In diesem Zusammenhang sind wir froh, dass auch eine klare Mehrheit der grünen Fraktion im Landrat Baselland zur Einsicht gekommen ist, ein anderes Vorgehen zu wählen. So hat Felix Wettstein mit Unterstützung der ganzen Fraktion einen Auftrag eingereicht mit dem Titel «Stärkung der Interparlamentarischen Kommission IPK FHNW». Dieses Organ übt bekanntlich die Oberaufsicht über die FHNW aus. Praktisch gleich lautende Vorstösse werden in diesen Tagen auch von den andern drei grünen Fraktionen in den Trägerkantonen eingereicht. Auch Vorstösse zu einzelnen Indikatoren behalten wir uns vor.

Zu ein paar grundlegenden Fakten bei diesem Globalbudget. Der Bund geht von einem Wachstum bei den Studierenden von 6, der Markt von 9 bis 13 Prozent und das Globalbudget von 4 Prozent aus. So gesehen ist die Vorlage also bereits eine Sparvorlage. Wenn man sie grundsätzlich kritisieren will, vor allem mit Blick auf den Markt, müsste man sie sogar als ungenügend, oder überspitzt formuliert, als zu wenig wirtschaftsfreundlich kritisieren, aber sicher nicht als aufgebläht und zu teuer. Die 4 Prozent Wachstum bei den Studierenden werden mit rund einem Prozent Kostensteigerung bewältigt. Der andere Teil der Kostensteigerung kommt vom unbestrittenen Ausbau wegen des Lehrkräftemangels und der Kosten der drei neuen Campus. Zu den Campus darf vermerkt werden: Die die Bildungspolitik finanziell belastende und das Baudepartement entlastende Rendite von 5,7 Prozent auf Investitionskosten betrachten wir Grünen als überrissen.

Wer die Vorlage ablehnt und somit einen Bildungsstopp verordnet, und das noch kombiniert mit einem Einwanderungsstopp, muss sich ernsthaft fragen, wie um Himmelswillen man dem Fachkräftemangel in der Schweiz begegnen will. Die grüne Kantonsratsfraktion Solothurn steht für die regionale Zusammenarbeit und den erfolgreichen, starken Bildungsstandort Nordwestschweiz ganz klar ein, auch wenn der demokratisch-politische Prozess noch verbessert werden muss. Wir unterstützen das Globalbudget einstimmig. Das Gleiche gilt für den Beschlussesentwurf 2 zu den Änderungen der Budgetstruktur.

Hans Rudolf Lutz, SVP. Nach dem aktiven Turner Felix Lang spricht jetzt der ehemalig aktive Kunstturner Lutz. Ich will damit sagen, ich war gewohnt, als Jugendlicher sehr asketisch zu leben. Man erhielt damals noch keine Beiträge beim Turnen, wie das heute der Fall ist. Ich habe das alles meiner Freizeit abgerungen und bin gewohnt, sparsam zu sein.

Wenn ich jetzt das Globalbudget anschau, stelle ich im Gegensatz zum Sprecher der SP fest, dass das Wachstum nicht so gut begründet ist, und zwar insbesondere, ich komme zu meinem Hobby, bezüglich Teuerung. Gestern hat mich Beat Käch etwas zurechtgewiesen. In der Presse war darüber nichts zu lesen, mit Ausnahme des «Blick». Da steht auf der ersten Seite: «Minus-Teuerung» Minus 0,2 Prozent heisst, dass die Diskrepanz zwischen effektiver und ausbezahlter Teuerung bereits 2 Prozent beträgt. Und wie ist es bei der Fachhochschule? Bei der Fachhochschule wird in diesem Globalbudget mit einer mittleren Teuerung von 3,7 Prozent in den nächsten drei Jahren gerechnet. Wenn man die Grafik anschaut, man kann es nicht genau herauslesen, werden es nächstes Jahr etwa 1,5 Prozent sein. So, wie es jetzt aussieht, ist die Teuerung vermutlich 0 oder eventuell sogar negativ. Die hier ausgewiesene Teuerung ist völlig daneben. Ich frage Regierungsrat Klaus Fischer, wie eigentlich die Teuerung in der Fachhochschule festgelegt wird. Wir haben hier ja den Einfluss von vier Kantonen. Hat man da einfach den höchsten oder einen Mittelwert genommen? Und wann und wie wird die Teuerung festgesetzt?

Peter Brotschi, CVP. Als abtretender Präsident der IPK FHNW erlaube ich mir, zwei Punkte zu erwähnen, die mich wichtig dünken. Erstens möchte ich die Fraktionen aufrufen, in der IPK eine möglichst grosse Kontinuität anzustreben. Es sollten Kolleginnen und Kollegen Einsitz nehmen, die sich vorstellen können, relativ lange mitzuarbeiten. Denn es geht ziemlich lange, bis man als Milizparlamentarier nur schon die Übersicht über die grosse Institution FHNW hat und sich einigermaßen in die laufenden Geschäfte eingearbeitet hat. Ich kenne nun die Fachhochschule nach zweieinhalb Amtsjahren einigermaßen, und doch habe ich das Gefühl, es liege noch einiges im Schatten. Gemäss Staatsvertrag haben

die Parlamente der Vertragskantone die Oberaufsicht über die FHNW. Als Bindeglied amtiert die IPK, sie hat also eine sehr wichtige Aufgabe. Um diese Aufgabe wahrnehmen zu können, braucht es Mitglieder, die gut informiert sind, und ein starkes Mitglied kann man nur werden, wenn man längere Zeit dabei sein kann und die Fachhochschule auch wirklich kennt.

Zweitens zum Vorgehen bei der Ausarbeitung des Leistungsauftrags. Bei der Behandlung zur Zusatzfinanzierung für die letzte Periode wurde vor über einem Jahr gefordert, die IPK FHNW sei vertiefter in die Erarbeitung des Leistungsauftrags einzubeziehen. Dem sind wir nachgekommen, indem wir zum vorliegenden Globalbudget und Leistungsauftrag insgesamt vier Lesungen durchführten. Zusätzlich schlage ich vor, dass bei der Erarbeitung des nächsten Leistungsauftrags auch die jeweiligen Bildungskommissionen mit einbezogen werden. Der Präsident des Fachhochschulrats und der Direktionspräsident sollten in den Bildungskommissionen frühzeitig, das heisst wahrscheinlich bereits gegen Ende nächsten Jahres, ihre Pläne und Absichten erläutern, sodass auf der einen Seite die Politik eine gute Informationslage hat und auf der andern Seite die Verantwortlichen der FHNW den Pulsschlag seitens der Politiker spüren können. Das kann sich positiv auf den Blutdruck von allen auswirken, wenn Leistungsauftrag und Globalbudget das nächste Mal zur Beratung in die Parlamente kommen. Ich halte dies für eine sinnvolle Ergänzung des bestehenden Vorgehens. Es ist keine Umgehung der IPK; sie muss die Detailarbeit so oder so leisten.

Rolf Sommer, SVP. Ich bin seit rund drei Jahren Mitglied der IPK FHNW. Zu Beginn habe ich gestaunt, was da alles abläuft und habe es überhaupt nicht begriffen, wie ich ehrlich zugeben muss, weil die Sache derart kompliziert ist. Dann wurde ich in die GPK gewählt. Als Mitglied der GPK sah ich dann den Finanzkontrollbericht der FHNW. Den hatten wir in der IPK vorher nicht erhalten. Deshalb beantragte ich, dass die IPK-Mitglieder diesen Bericht erhalten. Laut einem Schreiben von Fritz Brechbühl ist das zustande gekommen. Die Sicherungselemente haben wir also nicht einfach so, wir müssen sie uns erarbeiten und erkrampfen. Ich habe auch einen Auftrag eingereicht, dass die IPK gestärkt wird und Zugriff auf verschiedene Dokumente, auch der Finanzkontrolle, erhalten soll. Wir müssen wissen, welchen Auftrag sie erhält und was sie macht. Wir haben das Recht, der Finanzkontrolle Aufträge zu erteilen, aber wir wissen nicht einmal, was wir anschauen können, wir haben nicht einmal Zugriff zu den Protokollen des Hochschulrats. Da müssen wir einen Weg finden, und ich hoffe, dass der Auftrag von allen Parlamenten der vier Kantone und insbesondere von der IPK unterstützt wird.

Es gibt eine Zunahme von fremden, hauptsächlich süddeutschen Studenten, und ein weiteres Problem besteht darin, dass die Studenten aus dem vorderen Kantonsteil in die Fachhochschulen der Umgebung gehen. Eine sehr grosse Konkurrenz besteht zu den PH Bern, Ostaargau und Zürich. Wir müssen uns bemühen, dass unsere Fachhochschule gut und stark ist. Dazu braucht die IPK mehr «Macht», damit wir uns finden können und Zugriff zu den Dokumenten haben. Wir möchten gerne wissen, was im Fachhochschulrat besprochen wird. Ein kleines Beispiel. Ich bin zufällig auf ein Dokument gestossen, laut dem der Fachhochschulrat dem Regierungsrat beantragt, seine Bezüge um 6 Prozent zu erhöhen, und das nach zwei Jahren Einsatz. Das finde ich eine absolute Unverschämtheit. Das habe ich auch in einem Leserbrief geschrieben. Ich hoffe, dass wir die Fachhochschule auf den richtigen Weg bringen werden. Dem vorliegenden Budget vertraue ich nicht, ich werde es ablehnen.

Klaus Fischer, Vorsteher des Departements für Bildung und Kultur. Es ist viel Wichtiges von den Fraktionssprechern gesagt worden. Ich gehe kurz auf die Fachhochschule allgemein ein. Die FHNW, die wir seit sechs Jahren gemeinsam mit unseren Partnerkantonen führen und die grosse Vorteile speziell für den Kanton Solothurn bringt - ich denke an das Bildungsinstitut, aber auch rein wirtschaftlich gesehen -, ist sehr gut positioniert, nicht nur schweizerisch, sondern auch international. Die Kostenstrukturen sind im Vergleich mit anderen Fachhochschulen in allen Fachbereichen unter dem Durchschnitt, schweizweit gesehen. Das heisst, wir haben eine sehr effiziente Kostenstruktur. Solothurn und unsere Vertragskantone profitieren von der Fachhochschule, ich denke an Verbesserungen im Bereich des Fachkräftemangels, etwa im Ingenieurbereich. Wenn wir diese Studiengänge jetzt zum Teil ausbauen, das wurde von der Sprecherin der FDP so verlangt und wir werden es selbstverständlich berücksichtigen, so vor allem in den Bereichen, in denen wir schweizweit ein Defizit haben, während andere Fachbereiche, die für die Wirtschaft nicht im Vordergrund stehen, zum Teil unter einem Numerus clausus werden leiden müssen. Die Fachhochschule hat, und das ist auch ein Beweis dafür, dass sie gut arbeitet, schweizweit vergleichsweise sehr viele Drittmittelbeiträge, sie ist im Bereich der Forschung sehr gut positioniert. Im Bereich Weiterbildung sind wir ebenfalls gut positioniert. Die Fachhochschule darf nie eine Parallelschule zur

Universität sein. Die Zusammenarbeit mit der Uni Basel läuft gut, so im Bereich der Masterstudiengänge. Da wir solche nicht zusätzlich akkreditieren wollen, arbeiten wir im Bereich der Promovierung oder Habilitierung eng mit Basel zusammen. Die Fachhochschule hat einen andern Auftrag, sie muss Leute zum Diplom bringen, die in erster Linie in der Wirtschaft sofort tätig werden können.

Der Einbezug der IPK und der Parlamente ist, wenn in einem Staatsvertrag vier Kantone zusammenarbeiten müssen, tatsächlich eine schwierige Sache. Die Wege sind manchmal kompliziert, weil die andern Kantone berücksichtigt werden müssen. Da wir von den Bundessubventionen abhängig sind, sind wir darauf angewiesen, wie der Bund mitfinanziert, deshalb sind wir oft auch zeitlich sehr knapp dran mit Informationen an die betreffenden Gremien. Die IPK ist noch nie so stark einbezogen worden wie jetzt in diesem Budgetprozess. Kantonsrat Brotschi sagte es, wir hatten vier Lesungen mit der IPK; diese hat die Vorlage nicht nur zur Kenntnis genommen, wir sind auch auf ihre Anträge und Wünsche eingegangen, denn für den Regierungsausschuss ist klar, dass wir die Unterstützung dieses Gremiums brauchen, weil es ja nachher die Informationen und Anträge in die jeweiligen Kantone bringt.

Hannes Lutz, der Fachhochschulrat ist bei der Budgetierung von einer jährlichen Teuerung von 1,5 Prozent ausgegangen, was Forschung und Entwicklung betrifft. Wenn die Teuerung nicht entsprechend gebraucht wird, wird das Geld auch nicht ausgegeben.

Leistungsauftrag und Globalbudget sind realistisch. In der IPK ist zum Teil kritisiert worden in der IPK, wir würden an sich zu wenig Wachstum angeben, weil vom Bund her 6 Prozent vorgegeben sind. Wir gehen von 4 Prozent, also jährlich 1,5 Prozent aus, was das Studierendenwachstum betrifft. Aufgrund der Finanzlage in den vier Kantonen haben wir uns auf 1,5 Prozent pro Jahr und gut 4 Prozent in drei Jahren beschränkt. Ich bitte Sie, dem Leistungsauftrag und dem Globalbudget zuzustimmen.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Beschlussesentwurf 1

Titel und Ingress	Angenommen
-------------------	------------

Ziffern 1 - 4	Angenommen
---------------	------------

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfs 1	Mehrheit
---------------------------------------	----------

Dagegen	Minderheit
---------	------------

Detailberatung

Beschlussesentwurf 2

Titel und Ingress	Angenommen
-------------------	------------

Ziffer 1.9	Angenommen
------------	------------

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfs 2	Mehrheit
---------------------------------------	----------

Dagegen	Minderheit
---------	------------

SGB 159/2011

Globalbudget «Steuerwesen» (Erfolgsrechnung); Produktgruppenziele und Verpflichtungskredit für die Jahre 2012 bis 2014

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 13. September 2011:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Buchst. b der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf §19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 13. September 2011 (RRB Nr. 2011/1957), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Steuerwesen» der Erfolgsrechnung werden für die Jahre 2012 bis 2014 folgende Produktgruppenziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Veranlagung
 - 1.1.1 Fristgerechte Festsetzung der Veranlagungsfaktoren betreffend
 - Natürliche Personen (NP)
 - Juristische Personen (JP)
 - Quellensteuern (QST)
 - Nebensteuern
 - 1.2 Produktgruppe 2: Inkasso
 - 1.2.1 Fristgerechter Bezug der Staats- und der direkten Bundessteuern
 - 1.2.2 Kostengünstiger Bezug der Steuern
 - 1.2.3 Möglichst geringe Steuerabschreibung infolge Uneinbringlichkeit
 - 1.3 Produktgruppe 3: Übrige Dienstleistungen
 - 1.3.1 Katasterwerte für Grundstücke kostengünstig festlegen
 - 1.3.2 Liefern von Grundlagen wie Einkommensverhältnisse, Katasterwerte, Aktienbewertungen usw. für andere Verwaltungsbehörden (z.B. AHV-Organe, Steuerbehörden anderer Kantone) und Gerichte
 2. Für das Globalbudget «Steuerwesen» der Erfolgsrechnung wird als Saldovorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von Franken 42'915'000.- beschlossen.
 3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Steuerwesen» (Erfolgsrechnung) wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
 4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

b) Zustimmender Antrag der Finanzkommission vom 16. November 2011 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Eintretensfrage

Beat Loosli, FDP, Sprecher der Finanzkommission. Für das Globalbudget «Steuerwesen» wird ein Verpflichtungskredit für die Jahre 2012 bis 2014 von 42,915 Mio. Franken beantragt. Die Kostensteigerung vom Voranschlag 2011 auf Voranschlag 2012 beträgt rund eine halbe Million, sie ist hauptsächlich auf die Teuerung und, was wir immer vergessen, bei den Personalkosten auf den Stufenanstieg zurückzuführen. Das ist übrigens auch die Begründung für die Entwicklung der durchschnittlichen Veranlagungskosten, die von 2011 auf 2012 um 1,9 Prozent auf 113,82 Mio. Franken angestiegen sind: auch dieser Anstieg ist nicht auf einen grösseren Personalbestand, sondern unter anderem auf den Lohnstufenanstieg und die Teuerung zurückzuführen.

Gewisse Kennzahlen müssen uns zu denken geben. Man rechnet mit einem Steuerausstand von 280 Mio. Franken. Das entspricht 6,4 Prozent des Steuerertrags. Auf der andern Seite haben wir 180'000 Steuer-

pflichtige. Man rechnet mit 30'000 Betreibungen. Jeder sechste Steuerzahler muss betrieben werden. Da ist nicht verwunderlich, dass die uneinbringbaren Steuern wieder mit 16,3 Mio. Franken veranschlagt werden. Deshalb ist, und in der FIKO haben wir dies klar gesagt, ein effizientes und gutes Steuerinkasso wichtig. Die Einnahmen gehen etwas zurück, weil nur noch einmal gemahnt wird und dafür die Mahngebühren von 50 auf 60 Franken angehoben werden. Es werden also etwas weniger Einnahmen generiert, auf der andern Seite sollte es weniger Aufwand geben.

Die SVP beantragt, dass der Verpflichtungskredit von 42,9 auf 34,4 oder um rund 8,5 Mio. Franken gekürzt wird. Bisher waren es stets 10 Prozent, hier sind es 19,8 Prozent. Ich weiss nicht, ob man dies mit weniger Veranlagungen, einem weniger guten Inkasso umsetzen will. Ich bitte schon, einen solch generellen Kürzungsantrag mit etwas mehr Hintergrund zu füllen.

Die Finanzkommission beantragt Ihnen einstimmig Eintreten und Zustimmung zum Verpflichtungskredit.

Hans Rudolf Lutz, SVP. Zunächst zur Mathematik, die offenbar nicht ganz verstanden wird; das wurde schon von grüner Seite moniert. Die 10 Prozent beziehen sich auf den Aufwand und nicht auf den Saldo. Wir wollen den Aufwand um 10 Prozent gekürzt haben, bei den Einnahmen bleiben wir fest. Weil es bei diesem Globalbudget ein relativ grosser Beitrag von Seiten der Erträge ist, ist natürlich der Effekt der 10 Prozent bei den Ausgaben wesentlich grösser beim Saldo. Wie das mit den 10 Prozent funktioniert, möchte ich nicht wiederholen; Roman Jäggi und der Fraktionspräsident haben es bereits gesagt. Wir haben einfach einmal die 10 Prozent beschlossen. Uns ist bewusst, dass, wie Regierungsrat Straumann sagte, dies nicht ein sehr differenziertes Vorgehen ist. Ein differenziertes Vorgehen hatten wir vor zwei Jahren verlangt. Damals vertrat ich einen Auftrag mit dem Titel SOS-Massnahmen, Solothurner Sparmassnahmen. Wir haben schon vor zwei Jahren festgestellt, dass wir in eine negative Periode geraten. Das wussten wir damals. Wir fanden, jetzt müsse der Regierungsrat aktiv werden und entsprechende Sparvorschläge machen. Das Parlament hat dies grosszügig abgelehnt. Jetzt sind wir eben drin in dieser Periode. Der Regierungsrat sagt, er werde mit einem solchen Sparmassnahmenpaket kommen, im Frühling, soviel ich weiss. Für mich ist das zu spät. Gouverner c'est prévoir, heisst es bekanntlich. Man hat das alles gesehen. Die 10 Prozent sind zugegebenermassen nicht sehr differenziert. Aber es wird ein Zeichen gesetzt für etwas, das eigentlich schon lange hätte gemacht werden sollen. Ich weiss schon, dass Sie das ablehnen und es in diesem konkreten Fall sicher nicht so einfach sein wird. Das ist mir klar, das bezweifle ich überhaupt nicht. Beim Steuerwesen hat man 180'000 Steuererklärungen zu behandeln; die sind mehr oder weniger immer gleich. Das heisst, der Aufwand ist ebenfalls immer mehr oder weniger der gleiche, wenn man sich nicht irgendetwas Neues einfallen lässt. Und etwas Neues im Steuerwesen wäre halt zum Beispiel einmal eine fundamentale Revision des ganzen Steuergesetzes, beispielsweise die Einführung einer Flat Tax, wie das bekanntlich in Slowenien mit grossem Erfolg gemacht worden ist. Wir müssen in solchen Situationen wie heute auch einmal ein unkonventionelles Vorgehen vorschlagen. Ich mache dem Regierungsrat beliebt, dass, wenn er die Sparmassnahmen macht, auch an gewisse unkonventionelle Massnahmen denkt.

Christian Wanner, Vorsteher des Finanzdepartements. Hannes Lutz, jede Revision eines Steuergesetzes, die ich bisher erlebt habe, auf Bundesebene oder in diesem Rat, hat mit der Prämisse Vereinfachung angefangen und in aller Regel mit zusätzlicher Kompliziertheit geendet. Leider ist das so. Als ich vor der ständerätlichen WAK unter dem Präsidium von Frau Sommaruga zwei Standesinitiativen erläutern musste, die eine auf eine Flat rate tax und die andere für die Abzugsfähigkeit des Feuerwehresoldes, wurde ich von der Frau Präsidentin gefragt, wie sich das zusammenbringen lasse, worauf ich ihr sagen musste, ich wisse es auch nicht. (Heiterkeit im Saal) In Ergänzung zu dem, was Beat Loosli sagte: Wir haben jedes Jahr mehr Steuerpflichtige, was an sich erfreulich ist. Wir ergreifen jede zulässige Rationalisierungsmassnahme. In den nächsten Jahren wird es zwei Herausforderungen geben: die eine ist die neue Familienbesteuerung; ich will nicht sagen, wie sie aussehen kann, aber sie wird uns sehr viel administrativen Aufwand verursachen. Die zweite Herausforderung ist die Unternehmenssteuerreform 3. Wir brauchen also die vorgesehenen Mittel ganz dringend.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress

Angenommen

Ziffer 1

Angenommen

Ziffer 2

Antrag Fraktion SVP

Ziffer 2 soll lauten:

2. Für das Globalbudget «Steuerwesen» der Erfolgsrechnung wird als Saldovorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von 34'415'500 Franken beschlossen.

Abstimmung

Für den Antrag Fraktion SVP

Minderheit

Dagegen

Mehrheit

Ziffern 3 und 4

Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfs

Mehrheit

Dagegen

Minderheit

Claude Belart, FDP, Präsident. Bevor ich zur Bekanntgabe der Wahlergebnisse für das Präsidium schreite, habe ich zwei Bemerkungen zu machen. Zum einen wünsche ich Enzo Cessotto alles Gute. Er hat eine schwere Augenkrankheit und wird operiert. Zum andern habe ich das Demissionsschreiben von Konrad Imbach zu verlesen.

«Demission aus dem Kantonsrat auf den 31.12.2011. Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Claude, sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte, sehr geehrte Frau Regierungsrätin und Herren Regierungsräte, ich demissioniere als Kantonsrat auf den 31.12.2011. Der Entscheid, ein Jahr vor Ende der Legislatur zu demissionieren, fiel mir nicht leicht. Gerne führte ich mein Amt als Kantonsrat aus, nicht spektakulär, aber solide im Sinne meiner Wähler des Kantons und meiner Partei. Berufliche Veränderungen zwingen mich, frühzeitig mein Mandat zur Verfügung zu stellen. Ich stelle den Anspruch an mich, Arbeiten zuverlässig und seriös zu erledigen. Diesem Anspruch kann ich nicht mehr genügen. Ich konnte in den letzten Jahren wichtige und oft nicht einfache Entscheide und Prozesse des Kantons mitentscheiden und mittragen, konnte gute Kontakte knüpfen, ja Freundschaften schliessen, die über die Amtszeit hinausgehen werden. Als Höhepunkt meiner politischen Tätigkeit durfte ich die JUKO präsidieren, ein anspruchsvolles Amt, das ich in einer turbulenten Zeit ausführen durfte. Oberstaatsanwalts-, Staatsanwalts- und Richterwahlen, Strafanstalt Schöngrün, JVA Schachen, Schlafzimmermörder etc. waren Themen, die die JUKO in den letzten drei Jahren beschäftigten und auch forderten. Ich bedanke mich bei Ihnen Kantonsrätinnen und Kantonsräten für die meist konstruktiv geführten Debatten. Ich wünsche Ihnen, dass die Tendenz, auf den Mann bzw. auf die Frau zu spielen, nicht überhand nimmt. Der Kanton Solothurn hat sich in den letzten Jahren so gut entwickelt, weil eine zielorientierte, sachliche Politik betrieben wurde, die im Rat auch gelebt wurde. Ich bedanke mich für die guten, offenen und konstruktiven Gespräche über die Parteigrenzen hinaus. Ich bedanke mich bei der Regierung, wo ich mit meinen Anliegen meistens auf offene Ohren stiess. Ein grosses Merci an das Ratssekretariat mit Fritz Brechbühl an der Spitze und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre professionelle Unterstützung. Ich wünsche Ihnen weiterhin ein gutes Schaffen zum Wohle unseres Kantons Solothurn. Mit freundschaftlichen Grüßen, Koni Imbach.»

Koni, wir bedanken uns von unserer Seite ganz herzlich, ich weiss, das JUKO-Amt strengt an, und es wird jetzt dann bei der CVP ein gewisses Gewicht weggehen mit dir. Ich wünsche dir in Zukunft alles Gute; es würde uns freuen, wenn du ab und zu bei uns hereinschauen würdest. (Applaus)

WG 201/2011

Wahl des Präsidiums des Kantonsrats für das Jahr 2012

Ergebnis der Wahl

Ausgeteilte Stimmzettel: 98

Eingegangene Stimmzettel: 97

Absolutes Mehr: 49

Gewählt sind:

Peter Brotschi als 2. Vizepräsident mit 80 Stimmen

Markus Schneider als 1. Vizepräsident mit 86 Stimmen

Christian Imark als Präsident mit 93 Stimmen

(anhaltender Applaus)

Claude Belart, FDP, Präsident. Die Verhandlungen werden von 10.20 bis 11 Uhr unterbrochen.

SGB 160/2011

Mehrjahresplanung «Informatikprogramm 2012-2015» (Investitionsrechnung); Rechenschaftsbericht über die Projekte und Verpflichtungskredit für Kleinprojekte ab 2012

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 13. September 2011:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Buchst. b und Abs. 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 56 Abs. 1 lit. a des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 13. September 2011 (RRB Nr. 2011/1958), beschliesst:

1. Vom Rechenschaftsbericht über die Projekte und der Mehrjahresplanung «Informatikprogramm 2012-2015» (Investitionsrechnung) wird Kenntnis genommen.
2. Für die Kleinprojekte mit Beginn 2012 wird ein Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 3'490'000 bewilligt.
3. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

b) Zustimmender Antrag der Finanzkommission vom 16. November 2011 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Eintretensfrage

Roland Fürst, CVP, Sprecher der Finanzkommission. Ich kürze mein Votum etwas ab. Beim vorliegenden Geschäft geht es einerseits darum, im Sinn einer rollenden Planung über mehrere Jahre über den Bearbeitungsstand der Informatik-Grossprojekte zu berichten und andererseits um einen Verpflichtungskre-

dit für Kleinprojekte. Es werden vier Grossprojekte dargestellt, von denen drei auf gutem Kurs sind, sowohl finanziell wie auch terminmässig. Bei der Modernisierung des Grundbuchs GB V6 ist dies weniger der Fall. Dieses Projekt startete bereits im Jahr 2005, und jetzt haben wir die unschöne, aber nicht ganz neue Situation, dass der Abschluss ungewiss ist, nachdem ein Stopp eingelegt worden ist, weil der externe Partner den Werk- und Nachvertrag nicht erfüllen konnte. Das Projekt betrifft fünf Kantone und eine Stadt. Das weitere Vorgehen muss jetzt festgelegt werden.

Bei den insgesamt 24 Kleinprojekten geht es um Kosten zwischen 50'000 und 1 Mio. Franken. Sie werden ab 2012 gestartet. Der Verpflichtungskredit beträgt 3,49 Mio. Franken. Die Umsetzungsplanung ist transparent, die einzelnen Projekte klar ausgewiesen und auch der Bedarf ist unumstritten. Allgemein hat man den Eindruck, dass im Umfeld der Informatik wieder Ruhe eingekehrt ist. Es wird gut gearbeitet und gut kontrolliert. Ein «Tolgggen» ist das Projekt GB V6, schuld ist nicht unser Kanton.

Die FIKO und auch die Fraktion CVP/EVP/glp empfehlen Zustimmung zur Vorlage. Der Kürzungsantrag der SVP wird abgelehnt.

Heinz Müller, SVP. Ganz nach dem Wunsch des Kantonsratspräsidenten halte ich mich kurz. Ich könnte jetzt einfach sagen, stimmt unserem Antrag zu; unser Fraktionspräsident hat die Gründe genannt. Wir möchten damit einfach zeigen, dass man die 10-prozentige Einsparung nur bei Kleinprojekten will. Die SVP-Fraktion hat mit innerlichem Applaus der Linux-Bestattung zugestimmt und auch gesagt, wir möchten, dass das Linux-Projekt abgeschossen und entsprechend das Amt zu den Finanzen kommt, die es braucht. Deshalb attackieren wir Grossprojekte jetzt nicht mit Kürzungsanträgen. Bei den Kleinprojekten sind wir anderer Meinung als die FIKO, in der ich zugegebenermassen zugestimmt habe. Nachdem wir es in der Fraktion noch einmal ausgiebig diskutiert haben, möchten wir bei den Kleinprojekten die 10-Prozent-Kürzung machen. Dabei geht es um nicht einmal eine halbe Million. Wir haben das Gefühl, es sei möglich, auf die Jahre hinaus 349'000 Franken einzusparen. Dabei möchten wir es dem Amt überlassen, wo es schieben oder etwas verändern kann. Wir haben das Gefühl, das sei machbar, und wenn es uns ernst ist mit Einsparungen, dann sollten wir sie hier machen. Ich bitte Sie, den Antrag der SVP zu unterstützen.

Fränzi Burkhalter, SP. Zu einer Mehrjahresplanung, in der steht, dass aus heutiger Sicht die Jahrestanchen nicht gebraucht, aber die Projekte im Sinne der Transparenz gleichwohl aufgeführt werden, haben wir das Vertrauen, dass sorgfältig mit dem Geld umgegangen wird. Wir werden der Mehrjahresplan gemäss Beschlussesentwurf zustimmen.

Beat Käch, FDP. Die FDP-Fraktion wird der Mehrjahresplanung zustimmen. Wir sind auch für den Verpflichtungskredit für die Kleinprojekte, wie die FIKO es beantragt. Wir lehnen die 10-prozentige Kürzung ab. Wir teilen die Feststellung des FIKO-Sprechers, dass im Amt unter der neuen Führung im Informatikbereich Ruhe eingekehrt ist und alles recht gut läuft.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress

Angenommen

Ziffer 1

Angenommen

Ziffer 2

Antrag Fraktion SVP

Ziffer 2 soll lauten:

2. Für die Kleinprojekte mit Beginn 2012 wird ein Verpflichtungskredit in der Höhe von 3'141'000 Franken bewilligt.

Abstimmung

Für den Antrag Fraktion SVP

Minderheit

Dagegen

Mehrheit

Ziffer 3

Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfs

Mehrheit

Dagegen

Minderheit

SGB 158/2011

Kantonale Finanzkontrolle; Globalbudget «Staatsaufsichtswesen» (Erfolgsrechnung); Produktgruppenziele und Verpflichtungskredit für die Jahre 2012 bis 2014

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf der Kantonalen Finanzkontrolle vom 26. August 2011:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Buchst. b der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf der Kantonalen Finanzkontrolle vom 26. August 2011, beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Staatsaufsichtswesen» der Erfolgsrechnung werden für die Jahre 2012 bis 2014 folgende Produktgruppenziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Staatsaufsichtswesen
 - 1.1.1 Sicherstellung einer wirksamen parlamentarischen und verwaltungsinternen Finanzaufsicht
2. Für das Globalbudget «Staatsaufsichtswesen» der Erfolgsrechnung wird als Saldovorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von 3'049'000 Franken beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Staatsaufsichtswesen» (Erfolgsrechnung) wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
4. Die Kantonale Finanzkontrolle wird mit dem Vollzug beauftragt.

b) Antrag der Finanzkommission vom 16. November 2011 zum Beschlussesentwurf der Kantonalen Finanzkontrolle.

c) Zustimmung der Finanzkontrolle zum Antrag der Finanzkommission vom 16. November 2011.

Eintretensfrage

Susanne Schaffner, SP, Sprecherin der Finanzkommission. Die Finanzkontrolle spielt eine wichtige Rolle als oberstes und unabhängiges Fachorgan der Finanzaufsicht. Das Globalbudget beinhaltet nur den

Finanzteil, da der Leistungsauftrag gesetzlich vorgegeben ist. Finanziell hat sich zu den Jahren vorher kaum etwas verändert, deshalb mache ich es kurz. Die Finanzkommission hat das Globalbudget geprüft. Es handelt sich um kleines Budget. Da das Personalamt die beantragte und budgetierte Neueinreihung des Personals abgelehnt hat, kann der Verpflichtungskredit um jährlich 40'000 Franken bzw. insgesamt um 120'000 Franken gekürzt werden. Ich ersuche Sie namens der FIKO, dem Beschlussesentwurf gemäss Antrag der FIKO zuzustimmen.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress Angenommen

Ziffer 1 Angenommen

Ziffer 2

Antrag Finanzkommission

Ziffer 2 soll lauten:

2. Für das Globalbudget «Staatsaufsichtswesen» der Erfolgsrechnung wird als Saldovorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von 2'929'000 Franken beschlossen.

Abstimmung

Für den Antrag Finanzkommission Mehrheit

Dagegen Minderheit

Ziffern 3 und 4 Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfs Mehrheit

Dagegen Minderheit

Der bereinigte Kantonsratsbeschluss lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Buchst. b der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf der Kantonalen Finanzkontrolle vom 26. August 2011, beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Staatsaufsichtswesen» der Erfolgsrechnung werden für die Jahre 2012 bis 2014 folgende Produktgruppenziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Staatsaufsichtswesen
 - 1.1.1 Sicherstellung einer wirksamen parlamentarischen und verwaltungsinternen Finanzaufsicht
2. Für das Globalbudget «Staatsaufsichtswesen» der Erfolgsrechnung wird als Saldovorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von 2'929'000 Franken beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Staatsaufsichtswesen» (Erfolgsrechnung) wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.

4. Die Kantonale Finanzkontrolle wird mit dem Vollzug beauftragt.

SGB 142/2011

Globalbudget «Gesundheit» (Erfolgsrechnung); Produktgruppenziele und Verpflichtungskredit für die Jahre 2012 bis 2014

Es liegen vor:

- a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 13. September 2011:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Buchstabe b der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 13. September 2011 (RRB Nr. 2011/1926), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Gesundheit» der Erfolgsrechnung/Investitionsrechnung werden für die Jahre 2012 bis 2014 folgende Produktgruppenziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Prävention und Gesundheitsförderung
 - 1.1.1 Epidemien verhindern und Gesundheit fördern
 - 1.2 Produktgruppe 2: Lebensmittelkontrolle
 - 1.2.1 Schutz der Konsumenten vor gesundheitlicher Gefährdung und Täuschung sowie Sicherstellen des hygienischen Umgangs mit Lebensmitteln
 - 1.2.2 Schutz der Badegäste und des Personals der öffentlichen Bäder
 - 1.3 Produktgruppe 3: Aufsicht
 - 1.3.1 Wirkungsvoller und kundenfreundlicher Vollzug des Bewilligungswesens gemäss Gesundheits- und Heilmittelgesetzgebung
 - 1.4 Produktgruppe 4: Spitalversorgung
 - 1.4.1 Medizinisch adäquate Spitalversorgung kundenfreundlich sicherstellen
 - 1.5 Produktgruppe 5: Dienstleistungen für Ämter und Führungsunterstützung Departement des Innern
 - 1.5.1 Ordnungsgemässe Führung des Rechnungswesens
 2. Für das Globalbudget «Gesundheit» der Erfolgsrechnung wird als Saldovorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von 18'617'400 Franken beschlossen.
 3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Gesundheit» (Erfolgsrechnung) wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
 4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
- b) Zustimmender Antrag der Sozial- und Gesundheitskommission / Finanzkommission vom 16. November 2011 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Eintretensfrage

Andreas Schibli, FDP, Sprecher der Sozial- und Gesundheitskommission. Das Globalbudget umfasst für die kommende Periode die gleichen Aufgaben wie in der letzten Periode: Prävention und Gesundheitsförderung, Schutz der Bevölkerung vor Gefährdung und Täuschung im Bereich der Lebens- und Heilmittel, Aufsicht der Berufe und Einrichtungen im Gesundheitswesen, Spitalversorgung sowie Dienstleistungen für die Ämter und Führungsunterstützung des Departements des Innern. Um diese Aufgaben zu erfüllen, ist im Budget für die kommende Globalbudgetperiode ein Verpflichtungskredit von 18,6 Mio. Franken veranschlagt worden. Dieser Verpflichtungskredit ist gleich gross wie der alte, das Globalbudget bleibt somit unverändert.

Ein Hinweis zu den Finanzströmen und Investitionen ausserhalb des Globalbudgets. Im Voranschlag liegt dieser Posten bei 250 Mio. Franken, und zwar wegen der neuen Finanzierung über die DRG. Bis anhin wurde dafür jährlich ein Betrag von 40 bis 45 Mio. Franken aufgewendet. Die Mehrkosten entstehen wegen der 2012 gültigen Spitalfinanzierung. Auf Wunsch des Ausschusses ist eine Tabelle kreiert worden, wie die 250 Mio. Franken der Fallpauschale auf die verschiedenen Spitäler bezüglich Menge und Geld aufgeteilt werden sollen. Das schafft Transparenz, und die Entwicklung kann genau beobachtet werden. Von den geschätzten 250 Mio. Franken sind 120 Millionen für die soH reserviert. Die SOGEKO hat am 28. September 2011 dem Globalbudget einstimmig zugestimmt und bittet Sie, dies ebenfalls zu tun.

Trudy Küttel Zimmerli, SP. Andreas Schibli hat gesagt, worum es geht. Die SP stimmt dem Globalbudget zu.

Susan von Sury-Thomas, CVP. Auch unsere Fraktion stimmt dem Globalbudget einstimmig zu.

Kuno Tschumi, FDP. Unsere Fraktion stimmt dem Globalbudget ebenfalls zu.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress	Angenommen
-------------------	------------

Ziffern 1 - 4	Angenommen
---------------	------------

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfs	Mehrheit
Dagegen	Minderheit

SGB 144/2011

1. Globalbudget «soH» (Erfolgsrechnung); Produktgruppenziele und Verpflichtungskredit für die Jahre 2012 bis 2014; 2. Änderung des Beschlusses über die Budgetstruktur für die Jahre 2010–2013; Bestimmung der Globalbudgets und der Produktgruppen (KRB SGB 118/2008)

Es liegen vor:

a) Botschaft und zwei Beschlussesentwürfe des Regierungsrats vom 13. September 2011:

A) Globalbudget «soH» (Erfolgsrechnung); Produktgruppenziele und Verpflichtungskredit für die Jahre 2012 bis 2014

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Buchst. b der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 13. September 2011 (RRB Nr. 2011/1931), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «soH» der Erfolgsrechnung werden für die Jahre 2012 bis 2014 folgende Produktgruppenziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Notfälle und a.o. Ereignisse
 - 1.1.1 Sicherstellen eines qualitativ guten 24-Stunden Rettungsdienstes
 - 1.1.2 Entlastung der Spitalnotfallstation von einfacheren Fällen
 - 1.2 Produktgruppe 2: Besondere Spitalleistungen
 - 1.2.1 Sicherstellen einer qualitativ guten dezentralen ambulanten psychiatrischen Grundversorgung
 - 1.2.2 Sicherstellen optimale «Pufferfunktion» zwischen Spitalaustritt und Heimeintritt
 - 1.2.3 Betrieb eines stationären Angebotes für spezialisierte Palliative Care
 - 1.3 Produktgruppe 3: Aus- und Weiterbildung
 - 1.3.1 Sicherstellung von Aus- und Weiterbildungsstellen im Arztbereich (Unterassistenten, Assistenzärzte, Hausarzt-Praxis-Assistenzärzte)
 - 1.4 Produktgruppe 4: Besondere Rahmenbedingungen
2. Für das Globalbudget «soH» der Erfolgsrechnung wird als Saldovorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von 167'446'000 Franken beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «soH» (Erfolgsrechnung) wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

B) Änderung des Beschlusses über die Budgetstruktur für die Jahre 2010 – 2013; Bestimmung der Globalbudgets und der Produktgruppen (KRB SGB 118/2008)

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Buchst. b der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 18 Abs. 2 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 13. September 2011 (RRB Nr. 2011/1931), beschliesst:

Die Ziffer 1.30 lautet neu wie folgt:

1.30 Globalbudget «soH» mit den 4 Produktgruppen «Notfälle und a.o. Ereignisse», «Besondere Spitalleistungen», «Aus- und Weiterbildung» und «Besondere Rahmenbedingungen».

- b) Zustimmender Antrag der Sozial- und Gesundheitskommission vom 9. November 2011 zu den Beschlussesentwürfen des Regierungsrats.
- c) Antrag der Finanzkommission vom 16. November 2011 zum Beschlussesentwurf 1 des Regierungsrats
- d) Zustimmung des Regierungsrats vom 29. November 2011 zum Antrag der Finanzkommission

Eintretensfrage

Andreas Schibli, FDP, Sprecher der Sozial- und Gesundheitskommission. Als Folge der KVG-Revision werden die stationären Spitalbehandlungen der soH neu über die Finanzgrösse «Spitalbehandlungen» gemäss KVG im Globalbudget «Gesundheit» und nicht mehr via Globalbudget «soH» abgerechnet. Im vorliegenden Globalbudget verbleiben somit die gemeinwirtschaftlichen Leistungen sowie die besonderen Aufträge an die soH. Die Produktgruppen 1, 2 und 3 sind die gleichen wie in der vergangenen Globalbudgetperiode. Neu ist die Produktgruppe 4 Besondere Rahmenbedingungen. Diese Produktgruppe beinhaltet vorwiegend gewollte Rahmenbedingungen. Ein Vergleich zwischen der alten und der neuen Globalbudgetperiode ist daher nicht möglich bzw. nicht sinnvoll. Der Verpflichtungskredit beträgt für die kommende Globalbudgetperiode 167,446 Mio. Franken.

Die SOGEKO hat am 28. September dem Globalbudget einstimmig zugestimmt. Über den Antrag der FIKO kann ich nichts sagen, da kein Differenzbereinigungsverfahren stattgefunden hat.

Trudy Küttel Zimmerli, SP. Die SP stimmt dem Globalbudget zu im Wissen, dass es ein sehr enges Budget ist, und wir hoffen, es habe nicht negative Auswirkungen auf das Gesundheitspersonal.

Manfred Küng, SVP. In der Botschaft zu diesem Geschäft führt der Regierungsrat aus, der Verwaltungsrat der soH habe Leistungen von insgesamt 237 Mio. Franken als Abgeltung beantragt. Der Regierungsrat hat diese Abgeltung als zu hoch erachtet und den Betrag auf 167 Mio. Franken herunter gedrückt. Die Fraktion der SVP ist der Auffassung, darin sei immer noch genügend Luft für weitere Sparmassnahmen. Gemäss Botschaft wird der soH aus politischen Gründen die Aufgabe übertragen, unter anderem Kinderkrippen separat zu führen, obwohl an den Standorten das Krippenangebot eigentlich grösser wäre. Wir laufen ab 1. Januar 2012 in eine neue Wettbewerbssituation im Spitalwesen. Wir sollten eigentlich darauf achten, dass sich unsere Spitäler fit und zukunftsorientiert dem Wettbewerb stellen können, der jetzt dann einsetzt. Wir können hier beschliessen, was wir wollen. Wir können auf Steuererhöhungen verzichten, wir können darauf verzichten, Steuern herabzusetzen, wir können dem Spital zusätzliche Aufgaben überbinden, die nicht den Kernkompetenzen entsprechen. Wir können abstimmen, wie wir wollen. Aber es gibt zwei Gruppen von Leuten, die darin nicht mitstimmen; sie stimmen mit den Füßen ab. Das sind erstens die juristischen Personen bei den Steuerzahlern; wenn es denen nicht mehr passt, gehen sie. Und zweitens sind es die Patienten der Spitäler. Wenn wir kein fittes Angebot in den Spitälern haben, wenn wir den Spitälern nicht zugestehen, sich auf den Markt und den Wettbewerb ausrichten zu können, wenn man ihnen Krippen und ähnliches Zeugs auferlegt, dann werden wir es erleben, dass andere Spitäler fitter sind für den Kernauftrag, die Gesundheit, und dann gehen halt unsere Leute aus dem Kanton Solothurn in die Insel, nach Aarau oder Basel. Wir haben ein Interesse daran, dass der Kanton Solothurn fit ist bezüglich Spitalangebot, sodass wir nicht nur unsere Leute versorgen können, sondern auch Leute aus den umliegenden Kantonen. Deshalb denkt die SVP, dass hier genügend Luft ist, um noch einmal 10 Prozent einzusparen.

Der Antrag zu Beschlussesentwurf 1 lautet, der Verpflichtungskredit sei um 10 Prozent zu kürzen.

Doris Häfliger, Grüne. Zuerst möchten wir dem Regierungsrat und der Verwaltung ein Kränzchen winden für die grossartige Arbeit im Aushandeln mit der soH. Da haben 71 Mio. Franken eingespart werden können. Es ist eine schwierige Sache, was 2012 auf uns und die Spitäler zukommt; es kommt einem vor wie eine Riesenkiste mit Blindflugcharakter. Da müssen wir jetzt einmal durch und schauen, wie es herauskommt. Etwas sauer aufgestossen ist uns, dass die 71 Mio. Franken fast einen Drittel des Gesamtbudgets ausmachen. Wir fragen uns, ob die soH da nicht etwas grosszügig gerechnet habe. Wir wünschen uns in Zukunft etwas weniger Knautschzonen, stimmen aber dem revidierten Budget zu.

Susan von Sury-Thomas, CVP. Die Fraktion CVP/EVP/glp stimmt dem Globalbudget in der von der FIKO geänderten Form einstimmig zu. Persönlich war ich sehr überrascht, dass der Verwaltungsrat der soH für gemeinwirtschaftliche Leistungen und besondere Aufträge dem Regierungsrat 237,7 Mio. Franken beantragte, die dann auf 167,4 Mio. Franken reduziert werden konnten. Die enorme Differenz von 70,1 Mio. Franken zeigt, dass nicht sauber budgetiert worden ist.

Peter Brügger, FDP. Die Fraktion FDP. Die Liberalen stimmt dem Globalbudgetantrag ebenfalls zu. Zwei Bemerkungen dazu. Erstens zur Produktgruppe 4. Gewisse Vorgaben wie GAV-Pflicht, Anschluss an die Kantonale Pensionskasse, Führen von Kinderkrippen usw. haben sicher zusätzliche Kosten zur Folge. Nicht die Rede ist hingegen von der Besserstellung der soH, indem sie quasi Monopolistin ist oder andere Vorteile hat dadurch, dass sie sehr nahe beim Kanton ist. Wir erwarten deshalb, dass mittelfristig die Zusatzkosten durch Zusatzvorteile innerhalb der soH kompensiert werden und dass nach der Anpassungsfrist, die hoffentlich irgendeinmal vorbei ist, solche Positionen nicht mehr erscheinen. In der Privatwirtschaft gibt es x Unternehmen, die Kinderkrippen führen, Gesamtarbeitsverträge haben usw., ihre Produkte deswegen aber nicht teurer machen oder irgendwo Geld holen können, um diese Leistungen abzugelten. Es liegt in der unternehmerischen Verantwortlichkeit, solche Kosten zu tragen.

Zweite Bemerkung. Der ursprüngliche Antrag sah einen Verpflichtungskredit von 167'466'000 Franken vor. In der FIKO hat man offensichtlich gemerkt, dass die Teuerung um 0,1 Prozentpunkt falsch eingestellt ist, was zur Differenz von 412'000 Franken führte, eine Differenz von sage und schreibe 0,25 Prozent. Wenn es offensichtlich irgendwo bei der Erarbeitung des Budgets vergessen gegangen ist, die richtige Teuerung zu korrigieren, ist es eher peinlich, wenn man mit 0,25 Prozent Differenz daherkommt. Da liegt es in diesem Kuchen drin, es allenfalls einzusparen. Solche Ergebnisse sollten nicht mehr passieren.

Wir stimmen dem Globalbudget trotzdem zu, bitten aber, solches in Zukunft zu berücksichtigen.

Susanne Schaffner, SP, Sprecherin der Finanzkommission. Es betrifft rein die Teuerung für das Personal, bei der man von 0,4 Prozent ausgegangen ist und dann schliesslich 0,5 Prozent verhandelt wurden. Das ist die Differenz, welcher die Finanzkommission zugestimmt hat. Ich bitte Sie, ihrem Antrag zuzustimmen.

Peter Gomm, Vorsteher des Departements des Innern. Ich habe versucht, die Differenz der Eingabe der soH zu dem, was der Regierungsrat letztendlich beantragt hat, aufzulösen und zu erklären. Offenbar ist diese Klärung nicht durchgedrungen. Ich wiederhole sie deshalb.

Wir haben in den Grundlagen zum Übergang zur neuen Finanzierung klar gesagt, wir wollten bis 1. Januar 2012 sämtliche gesetzlichen Grundlagen bis und mit Verordnung und Spitalliste verabschieden, die Überführung vom alten zum neuen Modell transparent darlegen und aufzeigen, welche Risiken bestehen. Die soH Aufgaben hat übernommen, weil sie als einziger Spitalträger auftritt und deshalb Aufträge des Kantons erledigt, so beispielsweise den Rettungsdienst, den andere Kantone zentral organisieren, weil sie mehrere private und öffentliche Spitäler haben, während wir ihn unbürokratisch über die soH machen können. Man hat gesehen, dass der Teil wegfällt, in dem tarifliche Unterdeckungen bestehen, welche die soH mit den Kassen aushandeln muss. Dieser Wegfall führt dazu, Kurt Altermatt hat dies in den Kommissionen ausgeführt, dass die soH zusätzliche Sparmassnahmen intern auch für die nächsten Jahre treffen muss, damit sie im Wettbewerb bestehen kann. Wer den Bericht ganz genau angeschaut hat, hat gesehen, dass die soH vom Kanton insgesamt etwas über 32 Mio. Franken weniger erhält. Da wäre eine zusätzliche 10-prozentige Kürzung noch das Tüpfelchen auf das I. Ich bitte Sie, die Bemühungen der soH im Versuch, sich den Voraussetzung zu stellen, zu unterstützen. Wir haben im Regierungsrat alles getan, dass die Regeln gelten. Jetzt gilt es, die finanziellen Grundlagen zu schaffen, soweit wir das müssen und es sinnvoll ist. Immerhin ist die soH zu 100 Prozent unsere Gesellschaft.

Detailberatung

Beschlussesentwurf 1

Titel und Ingress, Ziffer 1

Angenommen

Ziffer 2

Antrag Finanzkommission

Ziffer 2 soll lauten:

2. Für das Globalbudget «soH» der Erfolgsrechnung wird als Saldovorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von 167'858'500 Franken beschlossen.

Abstimmung

Für den Antrag Finanzkommission

Mehrheit

Dagegen

Minderheit

Ziffern 3 und 4

Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfs 1

Mehrheit

Dagegen

Minderheit

Detailberatung

Beschlussesentwurf 2

Titel und Ingress

Angenommen

Ziffer 5

Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfs 2

Mehrheit

Dagegen

Minderheit

Die bereinigten Kantonsratsbeschlüsse lauten:

A) Globalbudget «soH» (Erfolgsrechnung); Produktgruppenziele und Verpflichtungskredit für die Jahre 2012 bis 2014

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Buchst. b der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 13. September 2011 (RRB Nr. 2011/1931), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «soH» der Erfolgsrechnung werden für die Jahre 2012 bis 2014 folgende Produktgruppenziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Notfälle und a.o. Ereignisse
 - 1.1.1 Sicherstellen eines qualitativ guten 24-Stunden Rettungsdienstes
 - 1.1.2 Entlastung der Spitalnotfallstation von einfacheren Fällen
 - 1.2 Produktgruppe 2: Besondere Spitalleistungen
 - 1.2.1 Sicherstellen einer qualitativ guten dezentralen ambulanten psychiatrischen Grundversorgung
 - 1.2.2 Sicherstellen optimale «Pufferfunktion» zwischen Spitalaustritt und Heimeintritt
 - 1.2.3 Betrieb eines stationären Angebotes für spezialisierte Palliative Care
 - 1.3 Produktgruppe 3: Aus- und Weiterbildung
 - 1.3.1 Sicherstellung von Aus- und Weiterbildungsstellen im Arztbereich (Unterassistenten, Assistenzärzte, Hausarzt-Praxis-Assistenzärzte)
 - 1.4 Produktgruppe 4: Besondere Rahmenbedingungen
2. Für das Globalbudget «soH» der Erfolgsrechnung wird als Saldovorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von 167'858'500 Franken beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «soH» (Erfolgsrechnung) wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

B) Änderung des Beschlusses über die Budgetstruktur für die Jahre 2010–2013; Bestimmung der Globalbudgets und der Produktgruppen (KRB SGB 118/2008)

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Buchst. b der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 18 Abs. 2 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 13. September 2011 (RRB Nr. 2011/1931), beschliesst:

Die Ziffer 1.30 lautet neu wie folgt:

1.30 Globalbudget «soH» mit den 4 Produktgruppen «Notfälle und a.o. Ereignisse», «Be-sondere Spital-leistungen», «Aus- und Weiterbildung» und «Besondere Rahmenbedingungen».

SGB 162/2011

1. Bewilligung eines Zusatzkredites zur Globalbudgetperiode 2011–2013 «öffentliche Sicherheit»; 2. Änderung des Beschlusses über die Budgetstruktur für die Jahre 2010–2013; Bestimmung der Globalbudgets und der Produktgruppen (KRB SGB 118/2008 vom 10. Dezember 2008)

Es liegen vor:

- a) Botschaft und zwei Beschlussesentwürfe des Regierungsrats vom 13. September 2011:

A) Bewilligung eines Zusatzkredites zur Globalbudgetperiode 2011 – 2013 «Öffentliche Sicherheit»

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Buchst. b der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 57 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 13. September 2011 (RRB Nr. 2011/1929), beschliesst:

1. Der für die Globalbudgetperiode 2011-2013 «Öffentliche Sicherheit» bewilligte Verpflichtungskredit von 2'549'700 Franken wird mit einem Zusatzkredit von 1'450'000 Franken auf 3'999'700 Franken erhöht.
2. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

B) Änderung des Beschlusses über die Budgetstruktur für die Jahre 2010 – 2013; Bestimmung der Globalbudgets und der Produktgruppen (KRB SGB 118/2008 vom 10. Dezember 2008)

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Buchstabe b der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 18 Abs. 2 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 13. September 2011 (RRB Nr. 2011/1929), beschliesst:

Die Ziffer 1.32 lautet neu wie folgt:

1.32 Globalbudget «Öffentliche Sicherheit» mit 2 Produktgruppen «Migration und Asyl» und «Ausweise für Schweizer und ausländische Staatsbürger»

- b) Zustimmender Antrag der Justizkommission vom 29. September 2011 zu den Beschlussesentwürfen des Regierungsrats.
- c) Zustimmender Antrag der Finanzkommission vom 25. Oktober 2011 zu den Beschlussesentwürfen des Regierungsrats.

Eintretensfrage

Yves Derendinger, FDP, Sprecher der Justizkommission. Der vorliegende Zusatzkredit wird notwendig, weil der Regierungsrat am 28. September 2010 beschlossen hat, die Verwaltungsorganisation zu ändern. Das hat folgenden Auswirkungen auf das Globalbudget «öffentliche Sicherheit»: Die Dienststelle «Ver-

kehrsmassnahmen» ist per 1. Juli 2011 weggefallen und ins Globalbudget «Strassenbau» übergegangen. Die Dienststelle «Gewerbe und Handel» fällt per 1. Januar 2012 weg und geht ins Globalbudget «Wirtschaft und Arbeit», und vom Globalbudget «Wirtschaft und Arbeit» wird gleichzeitig per 1. Januar 2012 die Dienststelle «Ausländische Arbeitskräfte» übernommen. Diese Änderungen sind insgesamt für den Kanton kostenneutral, für das Globalbudget «öffentliche Sicherheit» aber nur bei der Verschiebung der Dienststelle «Verkehrsmassnahmen», weil dieser Bereich aus der Motorfahrzeugsteuer finanziert wird. Mit dem Wegfall der Dienststelle «Gewerbe und Handel» geht ein Ertragsüberschuss von jährlich 592'000 Franken verloren, für den Rest der Globalbudgetperiode sind es total 1,184 Mio. Franken. Die neu hinzukommende Dienststelle «Ausländische Arbeitskräfte» weist einen jährlichen Aufwandüberschuss von 133'000 Franken auf, total 266'000 Franken.

Aus diesen Zahlen resultiert ein Zusatzkredit von 1,45 Mio. Franken. Gleichzeitig wird die Produktgruppe «Migration und Asyl» um ein neues Produktgruppenziel «Sicherstellen einer qualitativ und quantitativ ausreichenden Zahl an Arbeitskräften» erweitert. Der Indikator lautet «Durchschnittliche Bearbeitungsdauer eines Gesuchs für ausländische Arbeitskräfte». Das Ziel und der Indikator entsprechen der bisherigen Praxis. Aus diesen Gründen hat die Justizkommission den Änderungen zugestimmt. Das wird auch die FDP-Fraktion tun.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Beschlussesentwurf 1

Titel und Ingress	Angenommen
-------------------	------------

Ziffern 1 und 2	Angenommen
-----------------	------------

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfs 1	Mehrheit
---------------------------------------	----------

Dagegen	Minderheit
---------	------------

Detailberatung

Beschlussesentwurf 2

Titel und Ingress	Angenommen
-------------------	------------

Ziffer 1.32	Angenommen
-------------	------------

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfs 2	Mehrheit
---------------------------------------	----------

Dagegen	Minderheit
---------	------------

SGB 143/2011

Globalbudget «Polizei» (Erfolgsrechnung); Produktgruppenziele und Verpflichtungskredit für die Jahre 2012 bis 2014

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 13. September 2011:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Buchst. b und Abs. 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 13. September 2011 (RRB Nr. 2011/1928), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Polizei» der Erfolgsrechnung werden für die Jahre 2012 bis 2014 folgende Produktgruppenziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Sicherheit und Ordnung
 - 1.1.1 Gewährleisten der subjektiven und objektiven Sicherheit im öffentlichen Raum
 - 1.2 Produktgruppe 2: Kriminalitätsbekämpfung
 - 1.2.1 Aufrechterhalten der subjektiven und objektiven Sicherheit
 - 1.3 Produktgruppe 3: Strassenverkehr
 - 1.3.1 Sicherheit im Strassenverkehr erhöhen
 2. Für das Globalbudget «Polizei» der Erfolgsrechnung wird als Saldovorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von 222'545'800 Franken beschlossen.
 3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Polizei» (Erfolgsrechnung) wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
 4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
- b) Änderungsantrag der Justizkommission/Finanzkommission vom 16. November 2011 zum Beschlussentwurf des Regierungsrats.
- c) Zustimmung des Regierungsrats vom 29. November 2011 zum Änderungsantrag der Justizkommission/Finanzkommission.

Eintretensfrage

Beat Wildi, FDP, Sprecher der Justizkommission. Das Globalbudget «Polizei» 2012 bis 2014 besteht aus folgenden drei Produktgruppen: Produktgruppe 1 Sicherheit und Ordnung, Gewährleisten der subjektiven und objektiven Sicherheit im öffentlichen Raum; Produktgruppe 2 Kriminalitätsbekämpfung, Aufrechterhalten der subjektiven und objektiven Sicherheit; Produktgruppe 3 Strassenverkehr, Sicherheit im Strassenverkehr erhöhen. Das Ergebnis der Produktgruppe Verkehr erfährt eine massgebliche Veränderung, da die Busseneinnahmen des Kantons und der Städte neu als Finanzgrössen ausgewiesen werden und nicht mehr Teil des Globalbudgets sind. Diese Änderung basiert auf einem erheblich erklärten entsprechenden Auftrag. Deshalb reduziert sich der Erlös der Produktgruppe Verkehr markant, und der Globalbudgetsaldo erhöht sich dementsprechend. Der Leistungsauftrag beinhaltet vorwiegend Polizeiaufgaben, die keinen Handlungsspielraum zulassen: Interventionen, Ermittlungen, Aufträge von Dritten. Der Aufwand bzw. das Globalbudget ist also primär fremdbestimmt. Ein allfälliger Handlungsspielraum beschränkt sich auf Präsenz und Prävention im Verkehrs-, Sicherheits- und kriminalpolizeilichen Bereich. Priorisierungen können dort erfolgen, wo es rechtlich und faktisch machbar ist. Zu berücksichtigen ist dabei die gesteigerte Erwartungshaltung der Bevölkerung an die Präsenz der Polizei.

Die Polizei beantragt eine schrittweise Korpserhöhung bis 2014 um 14 Korpssangehörige, nämlich zwölf Polizisten und 2 polizeiliche Sicherheitsassistenten ESA sowie 4 zivile Stellen, was einem neuen Korpsbestand von 396,5 Pensen entspricht. Weil der Wirkungshorizont von Beschlüssen zum Stand der Polizei knapp zwei Jahre beträgt - der Zeitbedarf für Rekrutierung und Ausbildungen -, sind Entscheide für die Jahre 2013 und 2014 mit der jetzigen Vorlage zu beschliessen.

Die Justizkommission hat an ihrer Sitzung vom 29. September 2011 dem damaligen Beschlussesentwurf mit 14 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt. Im Differenzbereinigungsverfahren beantragte das Departement aufgrund der finanziellen Verhältnisse, den geplanten Stellenaufbau um vier Stellen zu kürzen, was ein Einsparpotenzial von 500'000 Franken ergibt. Gemäss Polizeikommandant Thomas Zuber wird mit dieser Kürzung das sicherheitspolizeiliche Element nicht mit den vorgesehenen drei Polizisten ausgebaut, und die Aufstockung um einen Polizisten im Schwarzbubenland wird aufgeschoben. Sicherheitspolitisch kann die Kürzung gemäss Aussagen der Verantwortlichen verantwortet werden, weil mit der Einsparung Prioritäten gesetzt worden sind. Die vier Stellen sind lediglich aufgeschoben; sie können zu einem späteren Zeitpunkt erneut beantragt werden.

Die Justizkommission hat der Reduktion der Korpserhöhung mit 7 zu 5 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt. Ich bitte Sie, dem Antrag von Justizkommission / Finanzkommission zuzustimmen.

Urs Huber, SP. Die SP-Fraktion betrachtet die öffentliche Sicherheit als wichtige Kernaufgabe des Staats. Unsere Gesellschaft hat sich verändert, deshalb braucht es mehr Ressourcen, um diese Kernaufgabe zu erfüllen. In diesem Sinn sind wir froh, dass wir nächste Woche endlich auch den privaten Sicherheitsunternehmen klare Vorgaben machen können. Denn entweder hat man genügend Polizisten oder sonst irgendjemanden. Mehr Sicherheit erreicht man mit mehr Präsenz von Menschen, mit lebendigen Quartieren usw., aber auch mit der Präsenz von Polizisten und Polizistinnen. Diese Präsenz muss nicht unbegrenzt, aber stark genug sein, um einerseits Repression, anderseits Prävention zu ermöglichen, indem man früh reagiert.

Die Kantonspolizei Solothurn macht eine gute Arbeit. Wir haben eine gute Sicherheitslage - natürlich könnte sie immer besser sein -, auch verglichen mit andern Kantonen. Der Kanton Solothurn und insbesondere der Kantonsrat haben nach den Sparrunden wegen dem Kantonalbankdebakel rechtzeitig Gegensteuer gegeben und das Solothurner Polizeikorps in mehreren Schritten erhöht. Nicht überbordend, aber im Gegensatz zu anderen Kantonen mussten wir nicht mit teuren, ineffizienten Hauruckübungen nachbessern, weil der Gesellschaft das Wasser am Hals gestanden ist. Diese Politik macht sich bezahlt. Führen wir sie fort, bewilligen Sie dieses Globalbudget so, wie es jungfräulich, ohne Abzug vor Ihnen liegt.

Niemand hat die Notwendigkeit der beantragten Polizeistellen bestritten, weder in der JUKO noch sonstwo. Die Kürzung ist ein klassisches Sparopfer. Viele der Stellen sind quasi gegeben durch rechtliche Änderungen, neue Aufgaben, zum Beispiel im Autobahnbereich. Am Schluss sind diejenigen Stellen geblieben, die das Schwarzbubenland verstärken sollten und anderseits der Ordnungsdienst mit der Verstärkung der mobilen Sicherheitselemente. Wir finden gerade die letzte Aufgabe wichtig für das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. So kann Präsenz markiert werden, bevor es eskaliert, und wenn es eskaliert, ist man schnell und genügend präsent vor Ort.

Ich habe in der JUKO mit dem positiven Aspekt des höheren Eigenschutzes der Polizisten argumentiert und dass es so keine demotivierenden Überzeitberge gibt. Man sagte mir dann etwas abschätzig, das seien gewerkschaftliche Anliegen und Floskeln. Ich kann das nicht nachvollziehen. Gestern wurde hier von Klientelwirtschaft gesprochen, quasi als Vorwurf, wenn man sich für etwas einsetzt. Ich kann mit diesem Vorwurf leben, mich für die Polizei einzusetzen. Aber die Klientel in diesem Fall ist nicht die Polizei, sondern die Bevölkerung und ihr Sicherheitsbedürfnis. Wer mehr Polizei fordert, muss mehr Polizisten bezahlen. Sie haben Lohn, Ferien usw. Alles andere ist Robotkop-Politik, der Traum vom Polizisten aus Blech, der 24 Stunden arbeitet und höchstens etwas Öl braucht.

Heute läuft viel mehr in der Nacht, was automatisch mehr Polizeiarbeit mit sich zieht, bei kleineren, aber auch bei gröberen Problemen. Der Kantonsrat setzt sich unter anderem ein für eine Nacht ohne Ende oder immerhin für Öffnungszeiten bis 5 Uhr morgens. Und wenn es dann so weit ist, sagen wir um 3 Uhr, sorry, wir haben keine Polizisten, sie sind uns ausgegangen. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

Susanne Schaffner, SP, Sprecherin der Finanzkommission. Namens der Finanzkommission halte ich fest, dass es nicht um eine Kürzung beim Polizeikorps geht, sondern um eine Stellenerhöhung. Die Finanz-

kommission hat dieser Erhöhung grundsätzlich zugestimmt, den Umfang aber um vier Stellen reduziert bzw. geldmässig gestrichen hat. Die Finanzkommission ist überzeugt, dass die Leistungsziele mit dem von uns beantragten Verpflichtungskredit erfüllt werden können. Ich bitte Sie, dem Antrag von Justizkommission und Finanzkommission zuzustimmen.

Markus Flury, glp. Ich nehme es vorweg, die CVP/EVP/glp-Fraktion ist mit 14 zu 8 Stimmen für den Antrag der SP und somit gegen die nachträgliche Reduktion. Warum? Weder kommende Bedrohungslagen noch objektive und subjektive Sicherheitsempfindungen lassen sich aus finanzpolitischen Sachzwängen in der Realität einfach so verschieben, wie man dies mit einem Bauvorhaben tun kann. Die gesamte Korpserhöhung war gut begründet; Regierungsrat Gomm hatte bereits in der JUKO bestätigt, dass die vier Stellen höchstens aufgeschoben, aber niemals aufgehoben seien.

Mit einem Okay zu den 14 Stellen stellen wir sicher, dass die Polizei in Ost und West im Mai bis Oktober, an Wochenenden jeweils mit drei Patrouillen unterwegs sein kann, ohne weitere Überzeiten aufzubauen, und dass man im Schwarzbubenland etwas stärker mit eigenen Polizisten arbeiten kann. Der Beruf ist belastend. Wir haben im Vergleich zum gesamtschweizerischen Durchschnitt von einem Polizisten auf 464 Einwohner mit einem Polizisten auf 564 Einwohner in Solothurn in einem geografisch eher komplizierten Kanton sicher nicht übertrieben. Wir sind übrigens in der Rangliste an 14. Stelle. Wenn man den Zeitungen glauben kann, dass sich die Kriminalitätsrate von einzelnen Asylantengruppen aus den arabischen Ländern dramatisch erhöht, haben wir ein weiteres Argument, mit der Korpserhöhung nicht zuzuwarten, bis wir durch negative Schlagzeilen dazu gezwungen werden.

Daniel Urech, Grüne. Die Globalbudgetvorlage der Polizei mit der Korpserhöhung war in der JUKO in erster Lesung sehr gut aufgenommen und angenommen worden. Speziell der Vergleich mit dem Polizeibestand anderer Kantone hat aufgezeigt, dass die Erhöhung in einem vernünftigen Rahmen liegt. Die Ereignisse der letzten Wochen zeigten, wie wichtig eine professionelle, mit genügend Mitteln ausgestattete Polizei ist. Es war in der Justizkommission eine Ironie der Traktandenliste, dass zwei Traktanden nach dem Auftrag Imark mit dem Titel «Sicherheit an der Grenze erhöhen» das Differenzbereinigungsverfahren mit der FIKO angestanden ist. Wir haben den Auftrag als nichterheblich erklärt, unter anderem mit dem Verweis darauf, dass im Rahmen der Korpserhöhung eine Aufstockung der Polizeikräfte im Schwarzbubenland vorgesehen sei. Danach ist Heinz Müller von der FIKO gekommen, und die JUKO hat kurzerhand mehrheitlich der Streichung von vier der 14 vorgesehenen zusätzlichen Stellen zugestimmt, darunter die zusätzliche Stelle für das Schwarzbubenland.

Es sind aber nicht primär regionalpolitische Überlegungen, die uns dazu bringen, den Antrag der SP zu unterstützen. Wenn wir sehen, wofür die Polizeistellen gebraucht würden, die jetzt nicht geschaffen werden sollen, kommen wir zum Schluss, dass sie notwendig wären. Die Entwicklung der 24-Stunden-Gesellschaft, das andere Ausgeh- und Freizeitverhalten der Jugendlichen und, gemäss Aussagen von Polizeikommandanten eine zunehmende Gewaltbereitschaft gegen Beamte verlangen nach einer Verstärkung gerade auch des sicherheitspolizeilichen Elements der Polizeitruppe. Wir Grünen sind ja wirklich keine Polizeistaateuphoriker, wir beobachten die Strafverfolgungs- und Ordnungsmacht kritisch, wie es sich in einem demokratischen Staat gehört. Die Argumente für die Aufstockung des Korps haben uns aber überzeugt, und wir hoffen, dass sich im Kantonsrat eine Mehrheit für die volle Aufstockung findet.

Bruno Oess, SVP. Die Polizei, dein Freund und Helfer. Wir alle schätzen die Arbeit jeder einzelnen Polizistin und jedes einzelnen Polizisten sehr. Sie garantieren uns mit ihrer wertvollen Arbeit höchstmögliche Sicherheit; davon sind wir sicher alle in diesem Saal überzeugt. Wir können aber noch so viele Polizeibeamte haben, Urs Huber, die absolute Sicherheit gibt es nicht. Haben wir vier Beamte mehr, so bräuchten wir an einer anderen Stelle noch einmal vier. Gerne würden wir die Wünsche nach mehr Stellen erfüllen, aber wenn es die Finanzen nicht zulassen, müssen wir uns schlussendlich auf die taktischen Geschicke des Polizeikommandanten verlassen, dass er seine Aufgabe auch mit wenig vergrössertem Bestand - nicht gekürztem! - meistern kann.

Im Differenzbereinigungsverfahren einigten sich Polizei, JUKO und FIKO. Wir danken an dieser Stelle Kommandant Thomas Zuber für sein einsichtiges Einlenken, auch wenn es ihm, man hat es gemerkt, nicht ganz leicht gefallen ist, sowie dem Departementsvorsteher, dass er mitgeholfen hat. Die Fraktion der SVP stimmt dem Antrag FIKO / JUKO einstimmig zu und lehnt den SP-Antrag ab.

Beat Käch, FDP. Es geht hier nicht um eine Kürzung von vier Stellen, wir stimmen einer Erhöhung nicht auf 14, sondern nur auf zehn Stellen zu. Das hat eindeutig finanzpolitische Gründe. Im März werden wir über strukturelle Sparmassnahmen von über 100 Mio. Franken diskutieren. Momentan können wir uns leider eine grössere Aufstockung nicht leisten, geht es doch immerhin um wiederkehrende Kosten von 500'000 Franken. Wir haben den Polizeikommandanten gefragt, als er bei uns in der FIKO war, ob es nicht möglich sei, irgendwo noch etwas einzusparen. Darauf sagte er, im allerhöchsten Fall könne er auf vier zusätzliche Stellen verzichten. Deshalb unser Antrag, von 14 auf zehn Stellen zurückzugehen. Das ist verantwortbar. Die subjektive Sicherheit können Sie mit noch so viel mehr Polizisten letztlich nie gewährleisten. Wer von der Polizei kontrolliert wird, hat das Gefühl, die Polizei sei sie am falschen Ort, es gebe zu viele Polizisten, und wenn etwas vorfällt, hat man das Gefühl, es gebe zu wenig. Ich bitte Sie, den Antrag der FIKO zu unterstützen. Das tut unsere Fraktion einstimmig; sie wird nur für zehn zusätzliche Stellen stimmen.

Heinz Müller, SVP. Beat Käch hat gesagt, was auch ich sagen wollte. Recht herzlichen Dank, das war jetzt einmal ein gutes Votum. Zu Daniel Urech: Nicht Heinz Müller hat es in der JUKO durchgeboxt, vielmehr hat die FIKO, wie Beat Käch sagte, die Frage gestellt, wo Einsparungen möglich seien. Thomas Zuber hat natürlich nicht jubelnd gesagt, er könne auf vier Stellen verzichten. Man hat schon etwas mit ihm gerungen. Auch Peter Gomm hatte sicher nicht gerade die hellste Freude daran. Aber schlussendlich ist der Verzicht auf vier zusätzliche Stellen zustande gekommen, worauf ich diesen Entscheid namens der FIKO in der JUKO vertreten habe.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress

Angenommen

Ziffer 1

Angenommen

Ziffer 2

Antrag Justizkommission / Finanzkommission

Ziffer 2 soll lauten:

2. Für das Globalbudget «Polizei» der Erfolgsrechnung wird als Saldovorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von 221'045'800 Franken beschlossen.

Antrag Fraktion SP

Ziffer 2 soll lauten:

2. Für das Globalbudget «Polizei» der Erfolgsrechnung wird als Saldovorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von 222'545'800 Franken beschlossen

Abstimmung

Für den Antrag Justizkommission / Finanzkommission

49 Stimmen

Für den Antrag Fraktion SP

41 Stimmen

Ziffern 3 und 4

Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfs

Mehrheit

Dagegen

Minderheit

Der bereinigte Kantonsratsbeschluss lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Buchst. b und Abs. 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 13. September 2011 (RRB Nr. 2011/1928), beschliesst:

1. Für das Globalbudget »Polizei« der Erfolgsrechnung werden für die Jahre 2012 bis 2014 folgende Produktgruppenziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Sicherheit und Ordnung
 - 1.1.1 Gewährleisten der subjektiven und objektiven Sicherheit im öffentlichen Raum
 - 1.2 Produktgruppe 2: Kriminalitätsbekämpfung
 - 1.2.1 Aufrechterhalten der subjektiven und objektiven Sicherheit
 - 1.3 Produktgruppe 3: Strassenverkehr
 - 1.3.1 Sicherheit im Strassenverkehr erhöhen
 2. Für das Globalbudget »Polizei« der Erfolgsrechnung wird als Saldovorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von 221'045'800 Franken beschlossen.
 3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget »Polizei« (Erfolgsrechnung) wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
 4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
-

SGB 147/2011

Globalbudget «Wirtschaft und Arbeit» (Erfolgsrechnung/Investitionsrechnung); Produktgruppenziele und Verpflichtungskredit für die Jahre 2012 bis 2014

Es liegen vor:

- a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 13. September 2011:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Buchst. b der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 13. September 2011 (RRB Nr. 2011/1935), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Wirtschaft und Arbeit» der Erfolgsrechnung/Investitionsrechnung werden für die Jahre 2012-2014 folgende Produktgruppenziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Standortförderung
 - 1.1.1 Wirtschaftswachstum steigern
 - 1.2 Produktgruppe 2: Kontrolle Arbeitsbedingungen
 - 1.2.1 Gewährleistung des Schutzes der Gesundheit und der Persönlichkeit von Arbeitnehmenden
 - 1.2.2 Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping
 - 1.2.3 Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen
 - 1.2.4 Kundenfreundlicher Vollzug der Gewerbegesetzgebung
 - 1.3 Produktgruppe 3: Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit
 - 1.3.1 Bekämpfung und Verhütung von Arbeitslosigkeit
 - 1.4 Produktgruppe 4: Übrige Dienstleistungen des Amtes für Wirtschaft und Arbeit
 - 1.4.1 Gewährleistung ausreichender Versorgung mit lebenswichtigen Gütern
2. Für das Globalbudget «Wirtschaft und Arbeit» der Erfolgsrechnung/Investitionsrechnung wird als Saldovorgabe für die Jahre 2012 - 2014 ein Verpflichtungskredit von 9'087'000 Franken beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Wirtschaft und Arbeit» (Erfolgsrechnung/Investitionsrechnung) wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.

4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
- b) Zustimmender Antrag der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission vom 10. November 2011 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.
- c) Änderungsantrag der Finanzkommission vom 16. November 2011 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Eintretensfrage

Markus Grütter, FDP, Sprecher der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission. Dieses Globalbudget umfasst die Produktgruppenziele Steigerung des Wirtschaftswachstums, Gewährleistung des Schutzes der Gesundheit der Arbeitnehmenden, Verhinderung von Lohndumping und Wettbewerbsverzerrungen, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Gewährleistung einer ausreichenden Versorgung mit wichtigen Gütern. Neu ist in der Produktgruppe 1 Standortförderung die Neue Regionalpolitik aufgeführt. Für die Umsetzung 2012 bis 2015 sind à-fonds-perdu-Beiträge von total 2,8 Mio. Franken und Darlehen von total 3 Mio. Franken vorgesehen. Davon stellen je die Hälfte der Mittel der Bund und der Kanton zur Verfügung.

In der Reorganisation der Aufgabenzuteilung ist die Dienststelle «Gewerbe und Handel» vom DDI ins Volkswirtschaftsdepartement übergegangen und die Dienststelle «Personalbewilligungen» vom Volkswirtschaftsdepartement ins DDI. Um das alles zu erreichen, hat die Regierung einen Verpflichtungskredit von total knapp 9,1 Mio. Franken beantragt. Die Finanzkommission beantragte, den Kantonsbeitrag für die Regionalpolitik zu halbieren, das heisst für das Jahr 2012 um 175'000 Franken zu kürzen.

Die UMBAWIKO lehnt diesen Antrag mit grossem Mehr ab. Sie ist der Meinung, mit der Regionalpolitik könnten Projekte angestossen werden. Wir alle haben ja früher bei der Regionalpolitik nicht mitgemacht, was weitherum kritisiert worden war. Jetzt sind wir dabei, und es wäre schlecht, wenn wir gleich zu Beginn kürzen würden. Ein Drittel der Mittel wird ja für Projekte von Privaten gestellt, ein Drittel bringt der Kanton und ein Drittel der Bund bei. Es wäre ein schlechtes Zeichen, wenn wir mit der Kürzung innovative Projekte stoppen oder verzögern würden. Die FDP-Fraktion sieht dies auch so und wird den Kürzungsantrag ablehnen.

Susanne Schaffner, SP, Sprecherin der Finanzkommission. Die Finanzkommission beantragt eine Halbierung der Gelder für die Neue Regionalpolitik für das Jahr 2012 in der Meinung, dass die Projekte langsamer gestartet werden können. Auf entsprechende Nachfrage ist nicht wirklich nachvollziehbar begründet worden, dass im Jahr 2012 bereits genügend förderungswürdige Projekte vorhanden wären. Die Finanzkommission hält trotz anderslautendem Entscheid in der UMBAWIKO und trotz anderslautenden Auskünften des zuständigen Amtschefs an ihrem Kürzungsantrag fest und bittet Sie, ihm zuzustimmen.

Franziska Roth, SP. Ich frage mich, ob unserem Kanton das finanzielle Wasser wirklich so am Hals steht. Angesichts all der Sparvorhaben in den Globalbudgets und sonstwo im Rahmen der FIKO-Anträge beschleicht mich das Gefühl, dass wir entweder kurz vor dem Ruin stehen oder die ganze Steuersenkungsgeschichte halt doch mitspielt. Den Untergang kann ich nicht nachvollziehen, wenn ich an die Steuersenkung denke. Genau diese zwei Umstände lassen mich und all jene, die in den mindestens 29 Projekten der Neuen Regionalpolitik involviert sind, den Kopf schütteln. Nur Uninformierte können behaupten, man könne das Geschäft langsamer anlaufen lassen und es sei nichts am Laufen.

Mit der Kürzung von 175'000 Franken verhindern wir Projekte insbesondere für die ländlichen Regionen, die einen weitaus grösseren Wert haben, als was wir einsparen. Dem insgesamt bescheidenen Spareffekt bei den Kantonsfinanzen wird aufgrund des NRP-Finanzierungsschlüssels ein um über eine halbe Million dramatisch reduziertes NRP-Budget gegenüber stehen, ganz zu schweigen von den Leistungen, die so nicht in den Wert gesetzt werden können. Zudem ist es schlicht unverständlich und ein Affront für all die Projektmitarbeitenden, wenn das Parlament, das vor einem halben Jahr sein unbestrittenes Okay für das Vorhaben gegeben hat, nun so hysterisch Kleinstbeträge zu streichen beginnt, als stünde das Wasser wirklich bis zum Hals. Wir müssen, nachdem wir im Frühling Ja zur NRP sagten, jetzt auch im Dezember Ja sagen. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere ländlichen Gebiete sich entwickeln können, dass das Potenzial des Tourismus genutzt und mit ihm die Wirtschaft erweitert wird. So können wir

Arbeitsplätze erhalten und je nach Projekt auch neue schaffen. In der letzten Zeit ist unser Kanton wegen Arbeitsplatzreduktionen und Schliessungen in die Schlagzeilen geraten. Mit dem NRP-Programm können wir dem Gegensteuer geben. Ich bitte Sie, dem Antrag der UMBAWIKO zuzustimmen.

Theophil Frey, CVP. Franziska Roth hat das Wesentliche gesagt. Ich möchte nur noch berichtigen: Wir haben in der UMBAWIKO Jonas Motschi angehört, der ganz klar sagte, es habe genügend Projekte, man habe sogar viele gute Projekte ablehnen müssen. Im Mai haben wir gesagt, wir würden Anfang 2012 starten. Jetzt zu kürzen, wäre völlig falsch. Eine Regierung trifft nämlich genau dann solche Massnahmen, wenn sich zeigt, dass es der Wirtschaft wieder schlechter gehen könnte. Es handelt sich um innovative Projekte, in denen verschiedene Betriebe zusammenarbeiten. Ich bin überzeugt, dass dies gerade im ländlichen Raum etwas bringen könnte.

In unserer Fraktion sind die drei Mitglieder der Finanzkommission für deren Antrag, alle anderen sind für den UMBAWIKO-Antrag.

Barbara Wyss Flück, Grüne. Auch wir Grünen stehen weiterhin geschlossen hinter dem Antrag der UMBAWIKO. Es ist sehr viel Vorarbeit geleistet worden. Viele Vertreterinnen und Vertreter von ländlichen Regionen, touristische und landwirtschaftliche Organisationen, der kantonale Gewerbeverband und zahlreiche Politikerinnen und Politiker haben sich bereits in dem Umsetzungsprogramm engagiert. Die regionale Wertschöpfung in wirtschaftlich weniger begünstigten Regionen unseres Kantons hat uns überzeugt, und der Regierungsrat hat ja auch Ja gesagt. Das Projekt ist auf Kurs, und laut Frau Tobler, der Programmverantwortlichen des AWA, ist das Interesse gross. Es wurden bereits viele Projekte zur Vorprüfung eingereicht. Bevor richtig gestartet wird, steht die FIKO bereits wieder auf die Bremse. Die Kürzung des Kredits würde eine richtige und wichtige Entwicklung bereits wieder bremsen, bevor sie offiziell gestartet ist. Sparen ist ein schwieriges Unterfangen. Mit dem bescheidenen Spareffekt bei den Kantonsfinanzen verzichten wir auf private Investoren und Bundesmittel. Wir senden absolut falsche Signale in die aktiven Regionen unseres Kantons und auch nach Bern. Wir bremsen Innovation und Entwicklung und machen uns als Politikerinnen und Politiker unglaubwürdig, wenn wir alle paar Monate grundsätzliche Richtungsänderungen vollziehen. Der NRP-Programmkredit muss nach Ansicht der Grünen wieder erhöht werden. Korrekturen sind zu prüfen, zum Beispiel dann, wenn keine geeigneten Projekte realisiert werden können oder wenn sich in der Programmstruktur Fehlentwicklungen abzeichnen. Dafür bieten wir Hand, wenn es so weit ist. Einen Start aber mit angezogener Handbremse können wir keinesfalls unterstützen.

Rolf Sommer, SVP. Von den Sprechern der UMBAWIKO und auch der FIKO ist schon viel gesagt worden. Das vorliegende Globalbudget kann nur bedingt mit den vorangegangenen Globalbudgets verglichen werden. Reorganisationen und neue Aufgabenzuteilungen innerhalb des Departements und die Neue Regionalpolitik erschweren den Vergleich. Der finanzielle Nachweis wird in der Botschaft aufgeführt. Die SVP wird dem Kürzungsantrag der Finanzkommission zustimmen.

Kuno Tschumi, FDP. Uns und dem AWA wurde seinerzeit, als der Kanton Solothurn bei der ersten Tranche zur NRP nicht mitgemacht hatte, von Gemeindeseite ziemlich an den Karren gefahren. An einer Veranstaltung hatte auch der damalige SECO-Direktor seinem Erstaunen Ausdruck verliehen, dass die Kantone Zug und Solothurn auf die Bundesgelder verzichten wollen. Beim Kanton Zug war der Grund noch einigermaßen klar, beim Kanton Solothurn etwas weniger. Es gab dann tatsächlich eine Aufbruchstimmung, und das Umsetzungsprogramm mit den Handlungsfeldern ist jetzt gut angelaufen. Viele Leute haben sich eingesetzt. Jeder Franken, den der Kanton einsetzt, wird verdreifacht. Das ist eine Chance gerade für Gemeinden in Randregionen. Deshalb sollten solche Projekte - ich erwähne nur die Via storia im Thierstein - zusammen mit den 28 anderen jetzt umgesetzt werden können. Es ist sauber aufgegleist. Wir haben den Rahmenkredit genehmigt und sollten das jetzt nicht ein halbes Jahr später wieder beerdigen und so den Start behindern. In diesem Sinn plädiere ich, dem Antrag der UMBAWIKO und damit dem ursprünglichen Kredit des Volkswirtschaftsdepartements zuzustimmen.

Heinz Müller, SVP. Ich muss die Sprecherinnen von Rot-Grün fragen: Habt ihr so wenig Vertrauen in unsere Wirtschaft? Wenn eine Firma ein Produkt auf den Markt bringt und es sich nicht durchsetzen kann, verdient es auch kein Geld von der öffentlichen Hand. Die öffentliche Hand hat primär zu schauen, dass die Rahmenbedingungen stimmen. Es gibt genügend Beispiele, dass die Wirtschaft auch

funktioniert in abgelegenen Gemeinden oder Gegenden. Im tiefsten Emmental gibt es einen weltbekannten Chröml-Hersteller; im tiefsten Emmental gibt es auch einen weltweit berühmten Schraubenzieher-Hersteller - ich hoffe, dass Sie alle schon einen solchen in den Fingern hatten; dir Franziska, traue ich es noch zu, du schraubst noch gerne an Sachen herum. Wenn ihr jetzt das Gefühl habt, mit 175'000 Franken könne man Arbeitsstellen im Kanton Solothurn sichern, dann ist dies ganz bestimmt der falsche Weg und vor allem sind sie kein Weg für einen Arbeitsplatzschub nach vorne.

Der Finanzdirektor würde aus seiner früheren Tätigkeit sagen, Kleinvieh macht auch Mist. Genau so hat es eigentlich auch die FIKO gesehen. Zur Erinnerung: In der FIKO hat der entsprechende Amtsvorsteher noch nicht so genau gewusst, was das für Projekte sind. Erst im Differenzbereinungsverfahren sind sie ihm in den Sinn gekommen. Natürlich sind dann x Projekte gekommen.

Zum CVP-Sprecher: Ich bin nicht überzeugt, ob alle ihre Meinung geändert haben, aus gewissen Reaktionen zu schliessen. Ich bitte Sie, den Kredit zu kürzen. Es ist ja nicht eine komplette Streichung, wir gehen nur etwas langsamer vorwärts, und das ist eigentlich das, was die FIKO will. Schlussendlich hat auch der Amtsvorsteher gesagt, okay, wir können es etwas langsamer angehen. Von wegen Zeichen nach aussen: die Wirtschaft schaut nicht auf 175'000 Franken, auch nicht im Kanton Solothurn. Die marschiert selber und hoffentlich noch lange allein.

Markus Schneider, SP, II. Vizepräsident. Lieber Heinz Müller, wir sehen es natürlich etwas anders, deshalb sind wir auch in verschiedenen Parteien. Im tiefsten Emmental ist man froh darum, dass der Kanton Bern eine Milliarde Bundesfinanzausgleich erhält, die primär denjenigen Regionen im Kanton Bern zugute kommt, die nicht so stark sind. Im tiefsten Emmental wäre man nie so blöd, auf Bundesgelder zu verzichten, vor allem, wenn man so wenig dazu beitragen muss, um es abholen zu können. Unsere Finanzlage ist definitiv nicht so gut zwäg, dass wir auf das willkommene Bundesmanna verzichten können, zumal es grosse Wirkung entfalten kann. Sie ist definitiv auch nicht so schlecht zwäg, dass wir uns die 175'000 Franken nicht auch noch leisten könnten - zumal bereits mit ungefähr 30 Projekten gewährleistet ist, dass das Geld sinnvoll eingesetzt werden kann. Wir haben in den vergangenen Jahren vor allem im Infrastrukturbereich in den Zentren relativ viel gemacht, während wir im ländlichen Bereich relativ wenig investierten. Wenn wir jetzt ein Programm haben, bei dem der Bund mithilft, dort einen gewissen Schub zu entwickeln, ist dies sicher richtig und angemessen.

Ernst Zingg, FDP. Ich bin einer von denen, die in der FIKO gegen die Streichung gestimmt haben, und bin nach wie vor dagegen. Warum? Ich war von Anfang an in der Projektierungsgruppe dabei, als Vertreter einer Stadt und einer gesamten Agglomeration, über die Grenzen hinaus. Ich behaupte zu wissen, wie man mit Herzblut - und das braucht es von allen, auch von den Amtsstellen und den Amtsvorstehern - über das System Bund, Private und Gemeinden und Regionen Gelder abholen kann. Das ist Agglomerationspolitik pur, und jetzt geht es um eine neue Regionspolitik. Die Glaubwürdigkeit von Kanton und Rat leidet, wenn wir bei der ersten Probe den Kredit streichen, nachdem wir jetzt in der Eidgenossenschaft auch dabei sind. Ich bitte Sie, der Kürzung nicht zuzustimmen.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress

Angenommen

Ziffer 1

Angenommen

Ziffer 2

Antrag Finanzkommission

Ziffer 2 soll lauten:

2. Für das Globalbudget «Wirtschaft und Arbeit» Erfolgsrechnung / Investitionsrechnung wird als Saldovorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von 8'912'000 Franken beschlossen.

Abstimmung

Für den Antrag Finanzkommission

Minderheit

Dagegen

Mehrheit

Ziffern 3 und 4

Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfs

Mehrheit

Dagegen

Minderheit

Claude Belart, FDP, Präsident. Wir beraten heute die Globalbudgets noch zu Ende. Am nächsten Mittwoch beginnt die Sitzung bereits um 8.00 Uhr, und zwar gleich mit der namentlichen Abstimmung über den Steuerfuss. Ich möchte, dass die Presse für diese Zeit anwesend ist und sich die Weibel entsprechend einrichten.

SGB 146/2011**Globalbudget «Energiefachstelle» (Erfolgsrechnung/Investitionsrechnung); Produktgruppenziele und Verpflichtungskredit für die Jahre 2012 bis 2014**

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 13. September 2011:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Buchst. b der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 13. September 2011 (RRB Nr. 2011/1934), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Energiefachstelle» der Erfolgsrechnung/Investitionsrechnung werden für die Jahre 2012 bis 2014 folgende Produktgruppenziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Energiefachstelle
 - 1.1.1 Steigerung der Energieeffizienz und Reduktion des Energieverbrauchs sowie Förderung erneuerbarer Energieträger
 - 1.1.2 Verbesserung des Wissens- und Informationsstandes von Architekten, Planern und Vollzugsbehörden
 - 1.1.3 Wirkungsvoller Vollzug der eidgenössischen und kantonalen Energiegesetzgebung
 2. Für das Globalbudget «Energiefachstelle» der Erfolgsrechnung/Investitionsrechnung wird als Saldovorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von 9'177'000 Franken beschlossen.
 3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Energiefachstelle» (Erfolgsrechnung/Investitionsrechnung) wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
 4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
- b) Änderungsantrag der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission / Finanzkommission vom 16. November 2011.

Eintretensfrage

Heinz Müller, SVP, Sprecher der Finanzkommission. Wir kommen zu einem Globalbudget, bei dem es vor allem um die Streichung von 400'000 Franken pro Jahr geht. Damit ich das etwas ersichtlicher machen kann, habe ich Anschauungsmaterial mitgebracht. Sie können sich somit fast so fühlen wie meine Lehrlinge im ersten Lehrjahr. Dieses eine Gerät aus dem Jahr 1990 ist ein Frequenzumformer, der Motoren antreibt. Leistung: 0,75 Kilowatt. Das zweite Gerät aus dem Jahr 2011, ebenfalls ein Frequenzumformer, hat eine Leistung von 1,5 Kilowatt. Zwischen den beiden Geräten liegen Welten, das neuere ist doppelt so stark. Das Gerät von 1990 hat einen Motorantrieb, das Gerät aus dem Jahr 2011 ist intelligent, es schaut im Motor nach den Eckdaten und Blindströmen und treibt das Gerät entsprechend an; es hat eine Effizienzsteigerung von rund 300 Prozent gegenüber dem Gerät 1990. Warum macht die Wirtschaft solche Sachen? Wer ist der Treiber? Das ist die Automobilindustrie, hier werden in einer Strasse rund 10'000 bis 15'000 Motoren mit solchen, aber auch mit anderen Systemen angetrieben. Bei rund 300 Prozent Leistungssteigerung in zwei Jahrzehnten können Sie sicher sein, dass die Automobilindustrie die treibende Kraft ist, dass die Hersteller von Motoren und Antriebssystemen auf effiziente Leistungspakete achten. Das geht bis zu geregelter Antrieben.

Warum erzähle ich Ihnen das? Einerseits geht es mir darum, endlich das Märchen zu widerlegen, dass der Staat, sprich die öffentliche Hand der Industrie sagen muss, sie müsse effiziente Motoren einsetzen. Das macht die Industrie von allein, ist es doch auch ein Verkaufsargument. Die Finanzkommission hat auf Grund dessen mehrheitlich eingesehen, dass man nicht 400'000 Franken pro Jahr einzusetzen braucht, damit der Bäcker, der Schreiner und die mechanischen Werkstätten solche Antriebe einsetzen, denn sie erhalten sie beim Kauf einer neuen Maschine automatisch. Dieses Geld können wir also, wenn es sein muss, sicher anderswo besser einsetzen. Ich bitte Sie, den FIKO-Antrag zu unterstützen und die Einsparungen zu machen. Wenn es sein muss, kann das Geld anderswo wesentlich sinnvoller eingesetzt werden. Gegebenenfalls werde ich noch auf gewisse Aussagen, die jetzt bestimmt kommen werden, antworten. Die SVP-Fraktion wird dem FIKO-Antrag zustimmen.

Markus Grütter, FDP, Sprecher der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission. Das Globalbudget der Energiefachstelle beinhaltet die folgenden Produktgruppenziele: Steigerung der Energieeffizienz und Reduktion des Energieverbrauchs, Förderung erneuerbarer Energien, Verbesserung des Wissens- und Informationsstands von Architekten, Planern und Vollzugsbehörden sowie wirkungsvoller Vollzug der eidgenössischen und kantonalen Energiegesetzgebung. Der Regierungsrat hat dafür einen Verpflichtungskredit von gesamthaft 9,18 Mio. Franken beantragt. Aufgrund des Antrags der FIKO und der Diskussionen mit der FIKO beantragt Ihnen auch die UMBAWIKO, allerdings mit knapper Mehrheit, eine Kürzung um 1,2 Mio. Franken bzw. 400'000 Franken pro Jahr. Dies mit der Begründung, dass das Pilotprojekt zur Förderung der Energieeffizienz bei den KMU nicht nötig ist. Energieintensive Maschinen sind für einen Betrieb ein erheblicher Kostenfaktor, daher achtet der Unternehmer ohnehin auf die Energieeffizienz, sonst wäre er nicht konkurrenzfähig.

Die UMBAWIKO beantragt Ihnen mit knapper Mehrheit, dem Kürzungsantrag der FIKO zuzustimmen.

Markus Knellwolf, glp. Unsere Fraktion nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass die Fördermassnahmen der Energiefachstelle auf grossen Anklang stossen, und möchte diesen Weg auch weiter gehen. Beim Kürzungsantrag der FIKO ist unsere Fraktion gespalten. Die eine Hälfte gewichtet die Notwendigkeit des Sparens in der heutigen Situation auch bei diesem Globalbudget höher, während die andere Hälfte der Meinung ist, gerade in Zeiten der angestrebten Energiewende sollte man die Möglichkeiten der Energiefachstelle nicht schmälern. Das Gleiche trifft darum auch auf den Antrag der Fraktion Grüne zu. Den Antrag der Fraktion SP konnten wir nicht beraten; ich gehe davon aus, dass da die Zustimmung nicht grösser sein wird als beim Antrag der Grünen. Bei meinem Eventualantrag ist die Zustimmung unserer Fraktion leicht höher als beim Antrag der Grünen.

Barbara Wyss Flück, Grüne. Ich möchte auf den Antrag der Grünen und überhaupt auf das Thema noch einmal kurz eingehen. Das Pilotprojekt zur Stärkung von Stromeffizienzmassnahmen ist für uns zukunftsweisend. Die möglichen Einsparungen sind unbestritten, und der Rat hat sich verschiedentlich für griffige Massnahmen Richtung Stromeffizienz ausgesprochen. Gerne erinnere ich an die letzte Session, als wir uns in einem Punkt einig waren: Es braucht jetzt alle nur erdenklichen Massnahmen, um auch im Kanton Solothurn einen Kurswechsel betreffend Energieverbrauch vorzunehmen. Dass das Ein-

sparpotenzial bei Antriebsmotoren, Kühlungen, Lüftungen enorm ist und mit guter, freiwilliger Beratung und einem Anreizsystem des Gebäudeprogramms aktiv gefördert werden kann, ist klar. Die grösste Herausforderung dabei ist aber, das riesige ungenutzte Potenzial, das mit der heutigen Technologie erreicht werden soll, zu fördern, sodass es wahrgenommen wird. Die Teilnahme bleibt freiwillig.

Das Projekt easyPro stellt somit ein Entgegenkommen an die KMU dar. Es ist ein zukunftsgerichtetes Pilotprojekt. Sollte es nicht die gewünschte Wirkung erzielen, kann es jederzeit gestoppt oder angepasst werden. Der von der FIKO geforderte totale Verzicht auf dieses Projekt allein aus finanztechnischen Überlegungen ist nach Meinung der grünen Fraktion unwürdig. Ein Entgegenkommen gegenüber den KMU ist im aktuell schwierigen Umfeld mehr als erwünscht. Verschiedentlich wurde im Rat gefordert, die KMU zu entlasten und bei den Strompreisen aktiv zu werden, eine Forderung, die wir leider nicht umsetzen können, da von uns nicht steuerbar. Das Pilotprojekt easyPro können wir aber umsetzen. Die Energiefachstelle hat eine Ausgangslage geschaffen, so dass wir aktiv werden und die KMU direkt profitieren können. Da braucht es jetzt Partnerschaften und Anreizsysteme, um diese Entwicklung vorwärts zu bringen. Das Gebäudesanierungsprogramm funktioniert ähnlich und ist eine Erfolgsgeschichte. Persönlich schockiert bin ich, dass sich so genannte KMU-Vertreter in den vorberatenden Kommissionen gegen die Projektkosten von 400'000 Franken pro Jahr ausgesprochen oder die Kürzung stillschweigend gebilligt haben. Die Handelskammer oder die KMU-Vertreter braucht es jetzt, um auch in unserem Kanton den Energieumbau zu schaffen. Nur gemeinsam und mit Partnerschaften erreichen wir die ambitionösen Ziele.

Heinz Müller hat in der Differenzbereinigung in der UMBAWIKO und heute erneut die Sache sehr anschaulich gezeigt. Dass sein Betrieb schon so weit ist, ist schön. Die IEA-Studie zeigt aber bezogen auf die Allgemeinheit etwas anderes. Sie geht davon aus, dass 20 bis 30 Prozent des gesamten Stromverbrauchs bei den Elektromotoren eingespart werden könnten. Joe Hogan, CEO der ABB, sagte dazu: «Elektrische Motoren sind die grössten Stromfresser überhaupt. Neue Effizienzmassnahmen für Motoren in der EU und in der Schweiz versprechen ein enormes Energiepotenzial. Leider wird dieses Potenzial in der Öffentlichkeit und in den Unternehmen noch immer viel zu wenig wahrgenommen.» Lieber Heinz, bring doch dein Wissen und deine Erfahrung als Unternehmer ein. Sei stolz, dass du in deinem Betrieb diese Ziele anscheinend schon erreicht hast. Hilf aber auch mit, andere Betriebe, die noch nicht ganz so weit sind, ins Boot zu holen.

Ich bitte Sie alle, den Verzicht auf das Pilotprojekt zur Förderung der Energieeffizienz in KMU noch einmal zu überdenken und die nötigen Mittel für dieses Projekt als freiwilliges Förderungsangebot für unsere KMU zu ermöglichen. Ich bitte Sie, unseren Antrag zu unterstützen.

Zum Antrag der SP: Ein gutes Projekt nicht durchzuführen und einfach eine generelle Erhöhung zu fordern, entspricht nicht dem Vorgehen der Grünen und ist eher unverständlich, auch im Hinblick auf das Abstimmungsverhalten einiger SP-Leute in der Kommissionen. Unsere Fraktion ist gegen Rasenmäherkürzungen, das haben wir bei den SVP-Anträgen gesagt, wir sind aber auch gegen Erhöhungen mit umgekehrtem Charakter. Bei der Gegenüberstellung der beiden Anträge stimmen wir daher für den Antrag der Grünen, sind aber längerfristig selbstverständlich offen, auch weitere Förderprogramme und Massnahmen zu prüfen, Projekte anzuschauen, die gut hinterlegt und mit der Energiefachstelle abgesprochen sind.

Urs Huber, SP. Ich gehe nicht direkt auf die eben gehörten Einwürfe ein; das werde ich später machen. - Energieeffizienz, Energiesparen und erneuerbare Energien sind die grossen politischen Themen des Jahres 2011. Es sind keine Modeerscheinungen, ein kurzer Hype, und nächstes Jahr ist es wieder vergessen. Energieeffizienz, Energiesparen und erneuerbare Energien werden Dauerbrenner sein in alle Ewigkeit, davon bin ich überzeugt. Energie als spottbillige Grundlage unserer Wirtschafts- und Lebensform ist definitiv vorbei. Wir müssen etwas tun. Das haben unzählige Vorstösse gezeigt, bereits behandelte und zukünftige. In der Vorlage steht schwarz auf weiss: «Energieeffizienz und erneuerbare Energien gehören gemäss Bundesverfassung zum Aufgabenbereich der Kantone.» Also müssen wir im Kanton Solothurn etwas tun. Das ist auch der Grund, wieso die SP-Fraktion beantragt, den Verpflichtungskredit um eine Million zu erhöhen. Eine Million in drei Jahren für eine Aufgabe, die eine der wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit ist, ist nicht viel.

Das Problem bei dieser ganzen Diskussion war, dass man um ein Projekt dafür oder dagegen argumentierte. Es sind so viele Vorstösse auf dem Schlitten. Wir haben hier ein Globalbudget für die nächsten drei Jahre. Wenn jemand ein Problem damit hat, was in den nächsten drei Jahren in diesem Bereich zu machen ist, habe ich ein Problem. Vor drei Jahren haben wir 13 Mio. Franken gefordert; eurem Problem

sind wir immerhin um 3 Millionen entgegen gekommen. Heinz Müller hat Anschauungsmaterial mitgenommen. Ich habe das auch getan. Nämlich Wahlprospekte, die einen Monat alt sind. «Aus Liebe zur Schweiz», steht auf einem dieser Papiere, «sind wir für die Förderung erneuerbarer Energien, mehr Energieeffizienz und das Offenhalten der Option Kernenergie». Bei andern Parteien war es schwieriger, sie hatten so viele Prospekte, dass ich den der Mittelalterlichen hervor nehme. CVP; «Die Umwelt- und Energiepolitik, das sind wir. Die CVP ist die einzige bürgerliche Partei, welche umweltpolitisch etwas zu bieten hat» - das stimmt nicht, die FDP hat auch etwas zu bieten. Ich bitte Sie also, Ihre Worte, die einen Monat alt sind, nicht einfach zu vergessen, sondern uns in diesem Bereich zu unterstützen. Wir sind nicht irgendwelche Weltmeister. Zum Vergleich: Der Kanton Thurgau, eine absolute SVP-Hochburg, hat für die Förderung von erneuerbaren Energien und das Energiesparen für das Jahr 2010 16 Mio. Franken zur Verfügung gestellt. Unterstützen Sie unseren Antrag, aber vor allem streichen Sie nicht noch das ursprüngliche Budget zusammen. Denn wenn Sie das tun, sind wir mit dem Verpflichtungskredit unter jenem des letzten Globalbudgets. Gehen Sie in einer Zeit, da alle davon reden, nicht noch weiter zurück, als wir schon waren.

Markus Grütter, FDP. Die FDP unterstützt den Kürzungsantrag der FIKO. Auch wir meinen, dass easyPro eigentlich nichts bringe. Es ist nichts anderes als eine Beschäftigungstherapie für irgendeine auswärtige Firma aus dem Raum Zürich. Das hat letztlich nichts mit Energieeffizienz zu tun. Auch den Antrag der SP, eine Million mehr zu beantragen, wenn man noch nicht so recht weiss, wofür, lehnen wir einstimmig ab.

Heinz Müller, SVP. Ich will nur schnell Barbara Wyss und Urs Huber eine Antwort geben. Barbara Wyss, du hast es falsch verstanden, mein Betrieb baut Systeme und Steuerungen, und die werden von unseren Kunden bereits verlangt. Es ist Unsinn, wenn man jetzt in einen kleinen Betrieb geht, zum Beispiel in einen mechanischen Betrieb, und dem sagt, er könne ein Aggregat austauschen, wir zahlen euch noch etwas daran. Dann kommt ein neues Aggregat mit neuen Motoren, mit neuen Kompressoren, das etwas einspart, aber unter dem Strich bleibt die Energiebilanz negativ. Urs Huber, unsere Kollegen im Kanton Thurgau haben einen Wähleranteil von 42 Prozent, es reicht also noch nicht ganz, das heisst, auch sie werden dauernd überstimmt. Deshalb kannst du es nicht ihnen in die Schuhe schieben.

Annelies Peduzzi, CVP. Ich möchte die Diskussion nicht unnötig in die Länge ziehen, aber noch kurz einen anderen Aspekt einbringen. Gestern hat der Nationalrat den Atomausstieg bestätigt. Das haben wir grundsätzlich zu respektieren. Jetzt müssen wir uns fragen, wie viel Zeit wir noch zum Beraten und Fördern haben. Oder sollen wir bestimmen, und wenn ja, wer bestimmt und wer macht die Gesetze; sind das die Kantone oder sollte es schweizweit geregelt werden, wie es gestern der Nationalrat in einer Änderung des Energiegesetzes beschlossen hat. Das sieht folgendermassen aus: Der Bundesrat kann in Zukunft Gebrauchsvorschriften für Anlagen, Fahrzeuge und Geräte erlassen. Das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir werden nicht viel Zeit haben zum Beraten, sondern müssen Gesetze erlassen.

Urs Huber, dein Votum hat mich erstaunt. Ich kann nur feststellen, du warst im falschen Komitee bei den Ständeratswahlen.

Markus Knellwolf, glp. Ich begründe kurz meinen Eventualantrag. Es geht um 400'000 Franken jährlich oder 1,2 Mio. Franken für die ganze Globalbudgetperiode für das Energieeffizienz-Förderungsprogramm für die KMU. Das vorgesehene Konzept ist die Adaption eines Programms der Schweizerischen Agentur für Energieeffizienz. Die IEA hat es bei Stromgrosskunden angewendet, und der Kanton Solothurn hat vor, es auf kleinere Stromverbraucher herunter zu brechen. Warum braucht es dieses Programm? Es braucht es nicht, weil die Wirtschaft nicht in der Lage wäre, effizientere Geräte herzustellen. Das ist auch meine Replik auf Heinz Müller. In den letzten 20 Jahren hat es einen enormen Fortschritt gegeben, und er wird weitergehen. Es geht also nicht darum, dass der Kanton Solothurn selber effizientere Geräte herstellt. Es geht vielmehr darum, dass ineffiziente Geräte ausgewechselt werden. Wenn Heinz Müller vorhin mit Bezug auf das alte Gerät sagte, es treibe die Ventilation an und mache dies auch heute noch, dann liegt genau da der Punkt. Es geht darum, alte Geräte, alte Antriebssysteme durch effizientere zu ersetzen und die KMU dafür zu sensibilisieren. Es gibt ein riesiges Energieeffizienzpotenzial, wie auch Joe Hogan von der ABB sagte. Im gleichen Artikel, aus dem Barbara Wyss vorhin zitierte, sagte Hogan, laut einer Umfrage der ABB hätten 60 Prozent der Führungskräfte von Produktionsbetrieben ausgesagt, sie hätten bisher nicht in die Energieeffizienz ihrer Antriebssysteme investiert.

Es ist eine Illusion zu meinen, jeder Betrieb mache es so vorbildlich wie der Betrieb von Heinz Müller. Ich bitte Sie, dem Antrag der Grünen zuzustimmen oder, sollte er nicht durchkommen, meinem Eventualantrag, der verlangt, dass man den Posten für ein Jahr im Sinn einer einmaligen Sparmassnahme aus dem Budget streicht, ihn aber für die anderen zwei Jahre drin zu lassen. So wird die in der Energiefachstelle bereits geleistete Arbeit nicht «ghüderet», sondern lediglich aufgeschoben. Nächstes Jahr kann dann beurteilt werden, ob die Mittel vorhanden seien, um das Programm zu lancieren.

Marguerite Misteli Schmid, Grüne. Ich möchte nur etwas korrigieren. In der Finanzkommission ist vom Leiter der Energiefachstelle klar gesagt worden, dass es um alte Apparate geht und ausgemittelt wird, ab wann es sich lohnt. Im Frühsommer ist der erste Bericht der Internationalen Agentur für Energie zur Energieeffizienz veröffentlicht worden, in dem das Schwergewicht vor allem auf Motore gelegt wird. Diese Agentur ist nun wirklich weder grün noch links, sondern sehr stark für die Energie- und Ölindustrie zuständig.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress	Angenommen
-------------------	------------

Ziffer1	Angenommen
---------	------------

Ziffer 2

Antrag Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission / Finanzkommission

Ziffer 2 soll lauten:

2. Für das Globalbudget «Energiefachstelle» der Erfolgsrechnung / Investitionsrechnung wird als Saldo-vorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von 7'077'000 Franken beschlossen.

Antrag Fraktion Grüne

Ziffer 2 soll lauten:

2. Für das Globalbudget «Energiefachstelle» der Erfolgsrechnung / Investitionsrechnung wird als Saldo-vorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von 9'177'000 Franken beschlossen.

Antrag Fraktion SP

Ziffer 2 soll lauten:

2. Für das Globalbudget «Energiefachstelle» der Erfolgsrechnung / Investitionsrechnung wird als Saldo-vorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von 10'077'000 Franken beschlossen.

Eventualantrag Markus Knellwolf

Ziffer 2 soll lauten:

2. Für das Globalbudget «Energiefachstelle» der Erfolgsrechnung / Investitionsrechnung wird als Saldo-vorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von 8'777'000 Franken beschlossen.

Abstimmung

Für den Antrag Fraktion SP	Minderheit
----------------------------	------------

Für den Antrag Fraktion Grüne	Mehrheit
-------------------------------	----------

Abstimmung

Für den Antrag Fraktion Grüne	39 Stimmen
-------------------------------	------------

Für den Antrag Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission/Finanzkommission	49 Stimmen
---	------------

Abstimmung

Für den Antrag Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission / Finanzkommission 50 Stimmen

Für den Antrag Knellwolf 41 Stimmen

Ziffern 3 und 4 Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfs Mehrheit

Dagegen Minderheit

Der bereinigte Kantonsratsbeschluss lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Buchst. b der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 13. September 2011 (RRB Nr. 2011/1934), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Energiefachstelle» der Erfolgsrechnung/Investitionsrechnung werden für die Jahre 2012 bis 2014 folgende Produktgruppenziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Energiefachstelle
 - 1.1.1 Steigerung der Energieeffizienz und Reduktion des Energieverbrauchs sowie Förderung erneuerbarer Energieträger
 - 1.1.2 Verbesserung des Wissens- und Informationsstandes von Architekten, Planern und Vollzugsbehörden
 - 1.1.3 Wirkungsvoller Vollzug der eidgenössischen und kantonalen Energiegesetzgebung
2. Für das Globalbudget «Energiefachstelle» der Erfolgsrechnung/Investitionsrechnung wird als Saldovorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von 7'977'000 Franken beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Energiefachstelle» (Erfolgsrechnung/Investitionsrechnung) wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

SGB 145/2011

Globalbudget «Landwirtschaft» (Erfolgsrechnung); Produktgruppenziele und Verpflichtungskredit für die Jahre 2012 bis 2014

Es liegen vor:

- a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 13. September 2011:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Buchst. b der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 13. September 2011 (RRB Nr. 2011/1932), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Landwirtschaft» der Erfolgsrechnung werden für die Jahre 2012 bis 2014 folgende Produktgruppenziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Agrarpolitische Massnahmen
 - 1.1.1 Fördern der Artenvielfalt auf landwirtschaftlichen Nutzflächen
 - 1.1.2 Sicherstellen einer genügenden Kontrolle (Flächen, Tiere, Ökologischer Leistungsnachweis)
 - 1.1.3 Schaffen von Anreizen für innovative Projekte und neue Bewirtschaftungsformen
 - 1.1.4 Sicherstellen einer angepassten baulichen Infrastruktur
 - 1.1.5 Erschliessung zum Erhalt der dezentralen Besiedelung
 - 1.2 Produktgruppe 2: Veterinärdienst
 - 1.2.1 Fördern einer artgerechten Haltung und verantwortungsvollen Nutzung von Tieren
 - 1.2.2 Einhalten der Vorschriften zur Produktion rückstandsfreier, hygienisch unbedenklicher Lebensmittel tierischer Herkunft
 - 1.3 Produktgruppe 3: Aus- und Weiterbildung
 - 1.3.1 Ausbilden von kompetenten Fachleuten für die Land- und Hauswirtschaft
 - 1.3.2 Verbreiten von neuen Informationen und Erkenntnissen von öffentlichem, regionalem und landwirtschaftlichem Interesse
 - 1.3.3 Anbieten einer zweckmässigen und attraktiven Infrastruktur
 2. Für das Globalbudget «Landwirtschaft» der Erfolgsrechnung wird als Saldovorgabe für die Jahre 2012 bis 2014 ein Verpflichtungskredit von 28'413'000 Franken beschlossen.
 3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Landwirtschaft» wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
 4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
- b) Zustimmender Antrag der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission/Finanzkommission vom 16. November 2011 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Eintretensfrage

Silvia Meister, CVP, Sprecherin der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission. Ich erwähne zu diesem letzten Globalbudget nur ein paar Eckpunkte und Änderungen. Das neue Globalbudget weist sich durch Konsolidierung der begonnenen Projekte aus. Der Aufschub von Aufgaben von der alten auf die neue Globalbudgetperiode ist vorwiegend durch exogene Einflüsse vorgegeben, und zwar in den Projekten ASA, die Plattform für Betriebsdaten im Agrarsektor Administration, im GIS, in der Ökoqualitätsverordnung, in der Heilmittelgesetzgebung und im Aufbau der neuen Bienenfachstelle. Weiter sind neue Aufgaben im Bereich Fruchtfolgeflächen Ressourcen schonende Anbaumethoden ein grosses Hauptanliegen. Es gibt zudem formelle Änderungen in der interkantonalen Zusammenarbeit mit den Hochschulen und der Abgeltung von Schulgeldern. Formell und neu ist auch die Bruttoentnahme Tierseuchenkasse, die im Rahmen des Voranschlags erfolgt. Als Konsequenz des HRM 2 werden die Abschreibungen bei den Strukturverbesserungen neu bei den Finanzströmen ausserhalb des Globalbudgets ausgewiesen. Die UMBAWIKO hat dem Globalbudget einstimmig zugestimmt. Ich bitte Sie, dem Globalbudget ebenfalls zuzustimmen.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress

Angenommen

Ziffern 1 - 4

Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung

Für Annahme des Beschlussesentwurfs

Mehrheit

Dagegen

Minderheit

SGB 163/2011

Voranschlag 2012

(Weiterberatung, siehe «Verhandlungen 2011», S. 840)

Antrag Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission

Seite 134: Hochbau Investitionsrechnung

Der Kredit für den Planbaren Unterhalt soll nicht von 15,5 Mio. Franken auf 14 Mio. Franken gekürzt werden. Der vorgesehene Voranschlagskredit (Budget, S. 134) ist deshalb um 1,5 Mio. Franken zu erhöhen. Total werden für das Jahr 2012 CHF 86'200'000 brutto bzw. CHF 74'500'000 netto bewilligt.

Claude Belart, FDP, Präsident. Will die Präsidentin der Finanzkommission etwas zu diesem Antrag sagen?
- Markus Grütter hat zuerst das Wort für die UMBAWIKO.

Markus Grütter, FDP, Sprecher der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission. Nach Ansicht einer grossen Mehrheit der UMBAWIKO soll ein grosser Teil der Mittel des Planbaren Unterhalts in Energie- und Gebäudesicherungsmassnahmen fliessen, dort soll nicht gespart werden. Die UMBAWIKO hält in diesem Sinn an ihrem Antrag fest, die 1,5 Mio. Franken für das Jahr 2012 wieder aufzunehmen.

Susanne Schaffner, SP, Sprecherin der Finanzkommission. Die Finanzkommission lehnt diesen Antrag entschieden ab. Es geht nicht um einen Kürzungsantrag der FIKO, sondern um einen Aufstockungsantrag der UMBAWIKO. Die FIKO lehnt den Antrag ab, weil einerseits angesichts des Aufwandüberschusses keine derartige Mehrausgabe akzeptiert werden kann und andererseits das entsprechende Amt überzeugend ausgeführt hat, dass im Jahr 2012 etwas weniger Geld als ursprünglich vorgesehen benötigt. Das Budget wurde so eingegeben, um einen Sparbeitrag zu leisten. Das Hochbauamt hat nämlich im laufenden Jahr bereits 1,5 Mio. Franken mehr ausgegeben, die nicht für den Unterhalt budgetiert waren. Das Hochbauamt führt aus, zwar werde es im Jahr 2012 weniger Substanzerhaltungsmassnahmen ausführen, könne das aber wegen der Mehrausgaben im Jahr 2011 verantworten. Die Umsetzung der Energiesparmassnahmen werde darunter nicht leiden; sie hätten trotzdem Priorität. Damit bestätigt das Amt, dass durch die Budgetierung keine Abstriche bei den Energiesparmassnahmen gemacht werden müssen. Diese Aussage ist übrigens nicht nur in der FIKO, sondern auch in der UMBAWIKO gemacht worden. Wenn die UMBAWIKO jetzt meint, mit einer Aufstockung würde dann vor allem energietechnisch etwas finanziert, dann ist sie auf dem Holzweg. Es würden weitere Unterhaltsmassnahmen gemacht. Einen Zusammenhang mit den Energiesparmassnahmen, wie sie von der UMBAWIKO gewünscht werden, sieht die Finanzkommission nicht. Aus diesem Grund beantragt sie, den Antrag der UMBAWIKO abzulehnen.

Abstimmung

Für den Antrag Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission

30 Stimmen

Dagegen

55 Stimmen

Claude Belart, FDP, Präsident. Eine Mitteilung. Das Geschäft A 77/2011 Auftrag Christian Imark geht in Absprache mit dem Auftraggeber an den Regierungsrat zurück, weil es nicht vollständig ist.

Wir sind am Schluss dieser Sitzung. Denken Sie daran: Nächsten Mittwoch beginnt die Sitzung um 8.00 Uhr.

Schluss der Sitzung um 12:52 Uhr